



LEBENSQUALITÄT USTER WEST

# Pressespiegel

# 2009



---

Uster: 19.03.09 11:03

## Kantonsrat sistiert Uster-West-Beratung

### Kantonale Baudirektion zieht sich zurück

**Die Beratung für das Strassenprojekt Uster West wurde durch die Baudirektion sistiert. Offenbar bestehen Uneinigheiten bei den Ämtern bezüglich Umweltschutz.**

Das Strassenprojekt Uster West ist umstritten. Einerseits weil die Finanzierung über einen Kredit erfolgen soll, der in die Jahre gekommen ist. Er wurde 1981 für die Aufhebung der Bahnübergänge zwischen Uster und Wallisellen erteilt. Andererseits wird kritisiert, dass das Projekt nicht umweltverträglich sei, wie der «Tages Anzeiger» schreibt.

Die Kommission Planung und Bau des Kantonsrats hat in ihrer Arbeit betreffend Uster West Fragen an die Baudirektion gestellt, die sie für ihre Arbeit benötigt. Daraufhin sistierte die Baudirektion das Geschäft. Diesen Sachverhalt hat gemäss «Tages Anzeiger» Kommissionspräsident Thomas Hardegger (SP) aus Rümlang bestätigt.

Die Baudirektion wolle erst einige Abklärungen durchführen, bevor das Geschäft in der Kommission weiter bearbeitet werden könne. Welche Abklärungen das sind, wollte Hardegger nicht sagen, da es sich um ein laufendes Verfahren handle. Die Abklärungen der Baudirektion betreffen offenbar aber die Umweltverträglichkeit des Projekts, wie es im «Tages Anzeiger» heisst. (zol)

---

© Copyright by ZO-Online - 20.03.2009

---

## Beratung über Uster West sistiert

Von Eduard Gautschi. Aktualisiert am 18.03.2009 1 Kommentar

**Das Strassenprojekt Uster West verzögert sich. Das Geschäft wurde durch die Baudirektion sistiert. Offenbar besteht Uneinigkeit bei den Ämtern bezüglich Umweltschutz.**

Die Kommission Planung und Bau des Kantonsrats muss die Vorlage für das Strassenprojekt Uster West für den Kantonsrat ausarbeiten. Die Kommission hat diese Arbeiten zwar aufgenommen, dann aber tauchten in der Kommission Fragen auf, die die Baudirektion zu beantworten hatte. Daraufhin sistierte die Baudirektion das Geschäft. Diesen Sachverhalt hat Kommissionspräsident Thomas Hardegger (SP) aus Rümlang bestätigt. Die Baudirektion wolle erst einige Abklärungen durchführen bevor das Geschäft in der Kommission weiter bearbeitet werden könne. Welche Abklärungen das sind, wollte Hardegger nicht sagen, da es sich um ein laufendes Verfahren handle.

Das Strassenprojekt Uster West ist umstritten. Einerseits weil die Finanzierung über einen Kredit erfolgen soll, der in die Jahre gekommen ist. Er wurde 1981 für die Aufhebung der Bahnübergänge zwischen Uster und Wallisellen erteilt. Andererseits wird kritisiert, dass das Projekt nicht umweltverträglich sei.

### Wird geschütztes Riet tangiert?

Die Abklärungen der Baudirektion betreffen offenbar die Umweltverträglichkeit des Projekts. In der Antwort auf eine Anfrage der Ustermer Kantonsrätin Ornella Ferro (Grüne) hatte der Regierungsrat zwar geschrieben, das Strassenprojekt tangiere die Kerngebiete des Werriker- und Glattenriets nicht. Gleichzeitig hielt er aber fest, es durchschneide in einem Teilabschnitt ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung. Gemeint ist das Gebiet Brandschänki, das zwar im Bundesinventar, nicht aber in der kantonalen Schutzverordnung aufgeführt wird. Geplant war, dieses Gebiet auch in die kantonale Schutzverordnung aufzunehmen. Dass sich die Kommission Planung und Bau mit Uster West auseinandersetze, bevor dies geschah und der Kommission somit auch keine verbindlichen Unterlagen zur Verfügung standen, bezeichnet der Ustermer Stadtrat Thomas Kübler (FDP) als bedenklich. «Das Geschäft wurde sistiert, weil in den verschiedenen Fachstellen unterschiedliche Meinungen herrschen. Dass erst jetzt eine Konsolidierung angestrebt wird, befremdet. Dies hätte geschehen sollen, bevor der Antrag an die Kommission ging.» Eine grössere Verzögerung des Projekts erwartet Kübler trotzdem nicht.

Ob sich der Kanton an diesem Strassenstück nun die Zähne ausbeisst, wie der Verein Lebensqualität Uster-West im Oktober prophezeit hatte, wird sich weisen. Der Verein wunderte sich damals, dass die kantonalen Fachstellen sechs Monate brauchten, bis sie den Umweltverträglichkeitsbericht

vorlegten.

**Mehr Nachrichten und Hintergründe vom Oberland gibt es täglich im Regionalbund des Tages-Anzeigers. Schreiben Sie direkt an [oberland@tages-anzeiger.ch](mailto:oberland@tages-anzeiger.ch) (Tages-Anzeiger)**

Erstellt: 18.03.2009, 19:48 Uhr

---

© Tamedia AG





---

Uster: 20.03.09 15:59

## Kommt nach «Uster-West» nun Unterführung?

### Initiativkomitee drückt auf Unterführung

**Nachdem der Kantonsrat das Projekt «Uster-West» sistiert hat, drückt das Initiativkomitee Pro Unterführung Winterthurerstrasse auf die Ausarbeitung ihrer Eingabe.**

Wahrscheinlich aus Umweltüberlegungen hat der Kantonsrat das Projekt «Uster-West» sistiert (wir berichteten). Die Bevölkerung habe nun die Gewissheit, dass sich die Baudirektion die Zeit ausbedungen habe, das Projekt «Uster-West» sich nochmals zu überlegen, schreibt das Initiativkomitee Pro Unterführung in einer Mitteilung .

In der Mitteilung bittet nun das Initiativkomitee für eine Unterführung der Winterthurerstrasse den Gesamt-Stadtrat, Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) zu beauftragen, die Volksinitiative Pro Unterführung rasch zu behandeln und dem Stimmvolk vorzulegen.

### Wurde Initiative auf die Bank geschoben?

Bereits Mitte Juni 2008 wurde dem Stadtrat Uster nämlich die Volksinitiative für die Ausarbeitung des Projektes für eine Unterführung Winterthurerstrasse mit über 2000 Unterschriften eingereicht. Seither habe man vom Stadtrat nichts mehr über dieses Volksbegehren gehört, schreibt das Initiativkomitee in der Mitteilung.

Das Komitee geht in der Mitteilung mit dem Stadtrat hart ins Gericht: Es wirft ihm vor, er hätte die Behandlung der Initiative so lange hinausgezögert, bis der Kantonsrat einen positiven Entscheid zum Strassenprojekt «Uster West» gefällt hätte. Das Komitee unterstellt dem Stadtrat zudem, dass dieser mit einem positiven Kantonsratsentscheid triumphierend gegen die Initiative ins Feld hätte ziehen wollen. Mit der Projekt-Sistierung im Kantonsrat wäre diese Taktik gescheitert, heisst es. (zol)

---

© Copyright by ZO-Online - 20.03.2009

---

## Uster

# Neue Probleme für Uster West

Die kantonale Baudirektion hat die Beratung der kantonsrätlichen Kommission Planung und Bau zum Strassenprojekt Uster West sistiert. Grund sind offenbar Meinungsverschiedenheiten zur Umweltverträglichkeit, wie der «Tages Anzeiger» berichtet. Es müssen weitere Abklärungen erfolgen. Genauere Informationen zu diesen Abklärungen sind zurzeit nicht erhältlich, weil es sich um ein laufendes Verfahren handelt.

Usters Stadtrat und Bauvorstand Thomas Kübler bestätigt die Sistierung auf Anfrage. «Die diversen Amtsstellen sprechen hier nicht die gleiche Sprache», sagt er dazu. Auf Verwaltungsebene laufe die Projektierung aber weiter und er hoffe, dass keine grosse Verzögerung entstehe. «Politisch halte ich es allerdings für heikel, wenn solche Pannen passieren», so Thomas Kübler.

### Initiativkomitee meldet sich

Sofort nach Erhalt der Nachricht meldet sich der ehemalige Ustermer Gemeinderat Paul Stopper im Namen des Initiativkomitees «Pro Unterführung Winterthurerstrasse» zu Wort. Der unhaltbare Zustand der geschlossenen Barrieren werde nun weiter dauern, denn Uster West werde kaum je gebaut. Dass die Baudirektion die weitere Verhandlung sistiert habe, sage alles über die Qualität und Seriosität dieses Projektes aus. «Es müssen gewichtige Gründe vorliegen, denn eine Sistierung hat es im Kanton Zürich kaum je gegeben», so Stopper. Im Namen des Initiativkomitees fordert er den Stadtrat auf, die im Juni 2008 eingereichte Volksinitiative für die Ausarbeitung eines Projektes für eine Unterführung Winterthurerstrasse rasch zu behandeln.

### Zwei heisse politische Eisen

Das Strassenprojekt Uster West ist aus verschiedenen Gründen umstritten. Einerseits wird kritisiert, das Projekt sei nicht umweltverträglich, andererseits wird die Finanzierung über einen «alten» Kredit bemängelt. Die Unterführung Winterthurerstrasse ist ebenfalls ein heisses Eisen, das immer wieder aufs Tapet kommt. 2005 wurde eine Initiative vom Volk abgelehnt. (sti)



LESERBRIEFE

## Hindernisse für das Projekt Umfahrung Uster West

*Baudirektion sistiert Strassenprojekt Uster West, TA vom 19. März*

Das Geschäft Uster West wurde durch die kantonale Baudirektion sistiert. Die Sistierung von laufenden Geschäften, die seit Jahren mit viel Engagement (und Steuergeldern) vorangetrieben wurden, erfolgt in der Regel aufgrund von gravierenden Zweifeln. Die Erklärung des Ustermer Stadtrats Thomas Kübler können wir vom Verein Lebensqualität Uster West jedoch nicht nachvollziehen: Wenn lediglich «Meinungsunterschiede» in verschiedenen Fachstellen vorlägen, wären diese in der nun bald 12 Monate dauernden behördeninternen Behandlung bereinigt worden. Solche Ermessensfragen führen in der Regel nicht zu einer Sistierung durch die federführende Direktion. Vielmehr gehen wir davon aus, dass einzelne Fachstellen zum Schluss gekommen sind, dass das vorgelegte Projekt nicht umweltverträglich ist oder dass sich die Regierung in Bezug auf die Finanzierung verrannt hat.

MARTIN ZÜRRER, USTER  
Vorstandsmitglied Verein  
Lebensqualität Uster West

**Moor wird gefährdet.** Ein Hoch auf die kantonale Baudirektion. Es kann auch als Zeichen der Einsicht gewertet werden, weil hier ein Projekt «durchgestiert» beziehungsweise «durchgewinkt» werden sollte, welches unter Beachtung aller rechtlichen Belange weder finanziell noch in baulicher Hinsicht abgesichert scheint. Wer da noch glaubt, dass hier keine Gefährdung für Flora und Fauna gegeben ist, der sollte sich mal mit den Gegebenheiten einer Moorlandschaft vertraut machen. Mit Baubeginn der auf Stelzen gelagerten Umfahrung wird durch ständig anhaltende Bodenschwingungen das Absterben einer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt eingeleitet. Den Rest werden dann die vielen 40-Töner innert kürzester Zeit erledigen. Und dies alles soll nur geschehen, weil sich einige Politiker ein Denkmal setzen wollen?

WERNER KÜNTZEL, USTER

**Auf was wartet der Stadtrat?** Durch die Sistierung wird der unhaltbare Zustand mit unseren Barrierenübergängen in Uster andauern. Uster wird weiterhin zweige-

teilt, und die Schadstoffsituation vor den geschlossenen Barrieren wird sich weiter verschlechtern. Der Stadtrat setzte sich (vergeblich) mit allen seinen Kräften für das nun sistierte Strassenprojekt ein und erklärte noch vor kurzem, diese Strasse sei 2010 in Betrieb. Offenbar ist sich die kantonale Baudirektion nicht schlüssig, welche tatsächlichen Schäden eine solche Strasse verursachen wird. Es müssen gewichtige Gründe vorliegen, dass der Kanton ein Strassenprojekt bereits in dieser Phase sistiert.

Mitte Juni 2008 wurde dem Stadtrat Uster die Volksinitiative für die Ausarbeitung eines Projektes für eine Unterführung Winterthurerstrasse mit über 2000 Unterschriften eingereicht. Der Stadtrat lässt sich reichlich Zeit, um seine Weisung zur Initiative auszuarbeiten und an den Gemeinderat weiterzuleiten. Worauf wartet der Stadtrat eigentlich noch? Sind ihm die Gründe noch nicht bekannt? Oder hat der Stadtrat wohl gehofft, er könne die Behandlung der Initiative so lange hinauszögern, bis der Kantonsrat einen positiven Entscheid zur Umfahrung gefällt hat?

PAUL STOPPER, USTER,  
im Namen des Initiativkomitees

Uster : 16.04.09 10:30 ergänzt: 16.04.09 12:18

## Anderes Vorgehen bei «Uster West»

### Regierungsrat fürchtet Stimmrechtsbeschwerde

**Der Regierungsrat hat entschieden, das Vorgehen bei der Umsetzung des Strassenprojekts Uster West zu ändern. Grund dafür ist, dass bei der ursprünglich vorgesehenen Finanzierung das Risiko einer Stimmrechtsbeschwerde zu gross ist.**

Vorgesehen war der Neubau einer SBB-Überführung beim heutigen Niveau-Bahnübergang bei Werrikon. Das Projekt beinhaltete aber auch den Bau einer neuen rund 1,5 Kilometer langen Strasse als «Autobahnzubringer» und zur Erschliessung des Quartiers Loren.

Der Regierungsrat sah ursprünglich die Finanzierung durch einen Teilkredit von 23 Millionen Franken aus einem Rahmenkredit für die Sanierung von Strassenkreuzungen mit der SBB-Stecke Wallisellen- Uster vor. Dieser 38,6-Millionen-Kredit war 1981 vom Volk gutgeheissen worden.

### Keine Volksabstimmung

Der Kantonsrat hätte durch die Verwendung des Rahmenkredits abschliessend über die Freigabe des Teilkredits entscheiden können. Eine Volksabstimmung wäre nicht möglich gewesen.

Die kantonsrätliche Kommission Planung und Bau (KPB) beauftragte im Herbst 2008 eine Gutachterin, die Rechtmässigkeit der Finanzierung des Objektkredits «Uster West» zu beurteilen. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass einzelne Teile des vorliegenden Projektes über den Rahmenkredit von 1981 hinausgehen. Dies könne zu einer Stimmrechtsbeschwerde führen, warnte die Gutachterin.

### Projekt in Etappen realisieren

Aufgrund dieser Unsicherheit ziehe es der Regierungsrat vor, die Vorlage zurückzuziehen, heisst es in der Mitteilung. Die Baudirektion wurde beauftragt, aus der ursprünglichen Vorlage denjenigen Teil weiterzubearbeiten, der im direkten Zusammenhang mit der Aufhebung des Niveauübergangs Werrikon steht.

Es sei geplant, die reduzierte Projektvorlage dem Kantonsrat im vierten Quartal 2009 zu unterbreiten. Über die Verlegung der Winterthurerstrasse werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

### Stadtrat Uster zufrieden

Der Stadtrat von Uster ist erfreut, dass die Kernelemente des Projektes Uster West gemäss Regierungsrat finanziell gesichert sind, wie er in einer Mitteilung schreibt. Nach der Kreditfreigabe im Kantonsrat im 4. Quartal 2009 können demnach die Überführung über die S-Bahn, der Radweg entlang der Bahnlinie, die Aufhebung des Niveauüberganges in Werrikon, der Rückbau der Zürichstrasse und die Instandsetzung der Werrikerstrasse realisiert werden, schreibt er.

Mit der Umsetzung dieser Vorhaben würde zudem der Bahnübergang Winterthurerstrasse entlastet. Der Stadtrat wird sich weiterhin auch für die Umsetzung der zweiten Etappe des Projektes Uster West einsetzen, schreibt er weiter. (sda/zol)

## Das Strassenprojekt «Uster West» ist gestorben

**Die Zürcher Regierung zieht ihre Vorlage für das Strassenprojekt «Uster West» zurück. Grund ist das grosse Risiko einer Beschwerde.**

Vorgesehen war der Neubau einer SBB-Überführung beim heutigen Niveau-Bahnübergang bei Werrikon. Das Projekt beinhaltete aber auch den Bau einer neuen rund 1,5 Kilometer langen Strasse als «Autobahnzubringer» und zur Erschliessung des Quartiers Loren.

Der Regierungsrat sah ursprünglich die Finanzierung durch einen Teilkredit von 23 Millionen Franken aus einem Rahmenkredit für die Sanierung von Strassenkreuzungen mit der SBB-Stecke Wallisellen- Uster vor. Dieser 38,6-Millionen-Kredit war 1981 vom Volk gutgeheissen worden.

Der Kantonsrat hätte durch die Verwendung des Rahmenkredits abschliessend über die Freigabe des Teilkredits entscheiden können. Eine Volksabstimmung wäre nicht möglich gewesen.

### **Gutachterin warnt vor Beschwerde**

Die kantonsrätliche Kommission Planung und Bau (KPB) beauftragte im Herbst 2008 eine Gutachterin, die Rechtmässigkeit der Finanzierung des Objektkredits «Uster West» zu beurteilen. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass einzelne Teile des vorliegenden Projektes über den Rahmenkredit von 1981 hinausgehen. Dies könne zu einer Stimmrechtsbeschwerde führen, warnte die Gutachterin.

Aufgrund dieser Unsicherheit ziehe es der Regierungsrat vor, die Vorlage zurückzuziehen, heisst es in der Mitteilung. Die Baudirektion wurde beauftragt, aus der ursprünglichen Vorlage denjenigen Teil weiterzubearbeiten, der im direkten Zusammenhang mit der Aufhebung des Niveauübergangs Werrikon steht.

Es sei geplant, die reduzierte Projektvorlage dem Kantonsrat im vierten Quartal 2009 zu unterbreiten. Über die Verlegung der Winterthurerstrasse werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. (ep/sda)

Erstellt: 16.04.2009, 11:44 Uhr



Uster Regierungsrat ändert Vorgehen bei der Umsetzung des Strassenprojekts «Uster West»

# «Uster West» soll etappiert werden



Vom Strassenprojekt «Uster West» soll vorläufig nur der untere Teil (rot/orange markiert) realisiert werden. Der obere Abschnitt (mit schwarzen Kreuzen) soll erst in einer zweiten Etappe umgesetzt werden. (Archiv)

Der Regierungsrat will «Uster West» nun in zwei Etappen bauen. Für den oberen Teil wird ein neuer Kredit nötig. Die Stadt ist zuversichtlich. Die Gegner wollen sich auch gegen diese Variante wehren.

Bettina Sticher

Dauerbrenner «Uster West», ein weiteres Kapitel hat begonnen: Der Regierungsrat hat die bisherige Vorlage für das Strassenprojekt nach einer rechtli-

chen Überprüfung aus Angst vor einer Stimmrechtsbeschwerde zurückgezogen respektive vorläufig redimensioniert. Neu soll vorerst nur der untere Teil, die Überführung über die S-Bahn, der Radweg entlang der Bahnlinie, die Aufhebung des Niveauübergangs in Werrikon, der Rückbau der Zürichstrasse und die Instandsetzung der Werrikerstrasse, realisiert werden. Für die Umsetzung der zweiten, oberen Etappe wird ein neuer Kredit nötig.

## Stadtrat ist zuversichtlich

Doch dies ist gemäss dem Ustermer Bauvorstand und Kantonsrat Thomas Kübler kein Problem. Er ist überzeugt, dass der Kantonsrat in einem möglichst

nahtlosen Anschluss auch den Kredit für den zweiten Teil bewilligt. Schliesslich sei die Strasse Bestandteil des kantonalen Richtplans. Der erste Teil werde nun vom Kantonsrat wohl im vierten Quartal freigegeben. Danach werde das Projekt aufgelegt, mit den üblichen Rekursmöglichkeiten. Der Stadtrat von Uster ist erfreut, dass die Kernelemente des Projekts nun gesichert sind, wie er in einer Medienmitteilung verlauten lässt.

Grund für die Etappierung ist das Risiko einer Stimmrechtsbeschwerde, weil einzelne Teile des vorliegenden Projekts über den Rahmenkredit hinausgehen. Die kantonsrätliche Kommission Planung und Bau hatte im Herbst 2008 eine

Gutachterin beauftragt, die Rechtmässigkeit der Finanzierung des Objektkredits «Uster West» zu beurteilen, und war zu diesem Schluss gekommen.

## Gegner wollen sich wehren

Ebenso gross wie beim Ustermer Stadtrat ist auch die Freude beim ehemaligen Ustermer Gemeinderat Paul Stopper, Loren-Gegner der ersten Stunde und Mitverfasser der Initiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse. Allerdings sieht er die Situation in einem ganz anderen Licht. Für ihn ist nun der Beweis erbracht, dass das Projekt «Uster West» überflüssig ist. «Es wird auch so eine Stimmrechtsbeschwerde geben.»

Der Stadtrat solle nun endlich die Initiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse vors Volk bringen. Stopper ist überzeugt, dass unter den gegebenen Voraussetzungen die Abstimmung diesmal anders ausfallen werde als beim letzten Mal. Seit dreissig Jahren werde in Uster eine Umfahrung Loren versprochen und dieses Versprechen nicht gehalten. «Die Situation wird immer grotesker.» Gemäss Stopper ist es einfacher, den Richtplan zu ändern, als in Uster das Projekt «Uster West» zu realisieren, das er für eine Zwängerei des Stadtrats und der Verwaltung hält. Er ist sicher, dass man noch mehr rechtliche Unklarheiten finden werde, denn der Strassenbau habe eigentlich gar nichts zu tun mit der Sanierung der Strassenübergänge.

## Vorprojekt Unterführung

Zur Initiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse wird gemäss Thomas Kübler nun ein Vorprojekt ernsthaft überprüft, aber nicht als Alternative zu «Uster West», sondern unabhängig von diesem Vorhaben. Die Vorlage werde noch vor den Sommerferien an den Gemeinderat überwiesen, also noch vor der kantonsrätlichen Kreditfreigabe für die erste Etappe «Uster West».

## Grünliberale für Neuprüfung

Die Grünliberalen begrüssen das Einlenken des Regierungsrates, das Strassenprojekt «Uster West» in der bisherigen Form zurückzuziehen, wie sie in einer Medienmitteilung schreiben. In einem Gutachten sei nun dargelegt worden, dass wesentliche Teile des Projekts nicht über den Rahmenkredit von 1981 finanziert werden dürfen. Die Finanzierungsabsicht verurteilten die Grünliberalen bereits im Juni 2008 in einer Anfrage an die Regierung als «Trick». Weiterhin fragwürdig bleibe das Restprojekt, welches sich inhaltlich nicht am Volksentscheid zum Rahmenkredit orientiere.

## Verstoss gegen Volksentscheid?

Auch die Neuprojektierung stehe gemäss der Meinung der Grünliberalen unter einem schlechten Stern, da das verbleibende Stück des Projekts kaum dem Volksentscheid von 1981 entsprechen dürfte: Anstatt den Bahnübergang Uster-Werrikon zu ersetzen, sah das Restprojekt ein Strassenviadukt zwischen den Ustermer Quartieren Eschenbüel und Loren vor. Für innerstädtische Verbindungen sei der Rahmenkredit ausdrücklich nicht vorgesehen gewesen.

Die Grünliberalen empfehlen stattdessen, das Projekt ganz aufzugeben und den Bedarf für Strassenverbindungen neu zu beurteilen. Die Finanzierung eines allfälligen Nachfolgeprojekts sei zudem neu zu bewilligen. Neben den inhaltlichen Vorbehalten sei zu berücksichtigen, dass auch für Rahmenkredite ein «Verfalldatum» gelten sollte. Nach beinahe 30 Jahren wäre eine Neubeurteilung durch den Souverän mehr als angebracht, so die Grünliberalen. Weiter gelte es zu berücksichtigen, dass es in Uster primär um Ziel- und Quellverkehr von Uster selber geht und nicht um Durchgangsverkehr. (avu)



# «Uster West» neu in Etappen



Das Projekt «Uster West» soll gemäss der Zürcher Regierung nun in Etappen gebaut werden. Zum Kernstück gehören die Aufhebung des Niveaubahnübergangs und der Bau einer Überführung bei Werrikon. (Archiv)

Die Zürcher Regierung hat ihre Vorlage für das Projekt «Uster West» zurückgezogen. Geplant ist ein Bau in Etappen.

Begründet wird die (vorläufige) Redimensionierung des Projekts mit der Gefahr einer

Stimmrechtsbeschwerde, weil einzelne Teile des vorliegenden Vorhabens über den Rahmenkredit aus dem Jahr 1981 hinausgehen. Zu diesem Schluss kam ein rechtliches Gutachten.

Die Reaktionen auf diesen Entscheid fallen unterschiedlich aus. Während sich der Ustermer Stadtrat zuversichtlich gibt und sich darüber freut, dass nun der

erste Teil der Strasse Uster West gesichert sei und der zweite in logischer Konsequenz auch bewilligt werde, sind die Gegner davon überzeugt, dass das ganze Projekt nun gestorben sei.

Die Promotoren der Initiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse fordern nun, dass diese endlich vors Volk gebracht werde, und sind überzeugt, dass

sie diesmal auch angenommen werde. Die Grünliberalen erachten das Projekt «Uster West» ebenfalls für gescheitert und verlangen eine Überprüfung der gesamten Situation.

Der Ustermer Stadtrat will – unabhängig von Uster West – ein Vorprojekt für die Unterführung Winterthurerstrasse prüfen lassen. (sti)

Seite 2

# Strasse Uster West in einer Zusatzschlaufe

*Regierungsrat zieht Vorlage aufgrund eines Rechtsgutachtens zurück*

Die Finanzierung der Strasse Uster West mit einem Rahmenkredit, der vor 28 Jahren für die Sanierung von Bahnübergängen genehmigt wurde, ist der Kantonsregierung jetzt doch zu heikel.

**sho.** Vor einem Jahr lag das provisorische Projekt für die Strasse Uster West öffentlich auf. Sie soll den Verkehr vom Autobahnanschluss Uster West am Siedlungsgebiet vorbeiführen, das neue Quartier Looren erschliessen und mit einem Viadukt über die Bahngleise den Niveauübergang bei Werrikon ersetzen. Im Juni 2008 folgte bereits der Antrag der Regierung, den der Kantonsrat im Juli seiner Kommission für Planung und Bau (KPB) überwies. Auf den Herbst war das definitive Projekt mit Umweltverträglichkeitsprüfung in Aussicht gestellt. Dann herrschte Funkstille.

## Mehr als ein Bahnübergang

Jetzt weiss man, warum. Am Donnerstag hat der Regierungsrat mitgeteilt, er habe die Vorlage zurückgezogen. Grund: Im September hat die KPB die Juristin Isabelle Häner mit einem Rechtsgutachten beauftragt. Gegenstand ist die Absicht der Regierung, das 23 Millionen Franken teure Vorhaben mit dem Rest eines vom Volk 1981 bewil-

ligten Kredits zu bezahlen. Er diene im Hinblick auf den Ausbau der Doppelspur Uster-Wallisellen, die seit 1985 in Betrieb ist, der Sanierung der Niveauübergänge, was in Werrikon jedoch scheiterte. Häner kommt zum Schluss, die Verwendung des Geldes für den Bau der Bahnüberführung sei zulässig. Hingegen würden einzelne Teile des Projekts über den damaligen Rahmenkredit hinausgehen. Dabei handelt es sich um den grösseren Teil der insgesamt 1,5 Kilometer langen Strasse.

## Stadtrat Uster ist «erfreut»

Häner weist darauf hin, dies könne zu einer Stimmrechtsbeschwerde führen, bei der das Risiko eines negativen Ausgang für den Kanton «erheblich» sei. Aufgrund dieser Unsicherheit machte der Regierungsrat seinen Rückzieher. Bis Ende Jahr, so teilt er mit, soll eine reduzierte Vorlage nur für die Bahnüberführung vorgelegt werden. Für den Rest der Strasse Uster West sei eine separate Finanzierungsvorlage erforderlich.

Der Stadtrat von Uster, der das Projekt angetrieben hat, zeigte sich in einer Mitteilung erfreut, dass dessen Kernelemente finanziell gesichert sind. Er werde sich weiterhin auch für die Umsetzung der zweiten Etappe einsetzen. Dort ist die Linienführung der Strasse direkt entlang einem geschützten Feuchtgebiet in die Kritik geraten.



# Schluss mit Salamitaktik!

Von **Heinz Girschweiler**

**D**er Regierungsrat tut sich schwer mit der Demokratie im Strassenbau – auch noch 30 Jahre nach dem Beschluss des Verfassungsartikels. Die Oberlandautobahn ist ein Beispiel. Sie war in ihren ersten drei Abschnitten eine kantonale Hochleistungsstrasse und wurde deshalb mehrheitlich von den Zürchern bezahlt. Erst für das letzte, besonders teure Teilstück Uster-Hinwil kam die damalige Baudirektorin Dorothee Fierz auf die Idee, das Projekt dem Bund zu schenken und die voraussichtlich 1,2 Milliarden für den Bau von Bern berappen zu lassen. Das Stimmvolk hat dazu nichts zu sagen.

Und jetzt das zweite Beispiel – Uster-West. Dank einer abenteuerlichen Arithmetik kam der Regierungsrat zum Schluss, die 23 Millionen Franken für die 1,5 Kilometer lange Strasse lägen eigentlich seit 1981 in einer Schatulle bereit. Nach Widerstand in der kantonsrätlichen Kommission und nach Zweifeln in einem Rechtsgutachten hat der Regierungsrat jetzt kalte Füsse bekommen.

Was lernt die Zürcher Regierung daraus? Sie wählt die Salamitaktik statt des demokratischen Wegs: Erst bauen wir mit altem Geld die Überführung über die Bahn. Und in einem eventuellen zweiten Schritt lassen wir dann den Zubringer bewilligen.

Wenn für die Politiker das Projekt tatsächlich die beste Lösung für Uster ist, dann sollen sie vom Zürcher Stimmvolk für Uster-West auch die vollen Kosten bewilligen lassen. So war das nämlich gemeint mit der Demokratie im Strassenbau.



## Uster West mit einer Etappierung retten

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat die Vorlage Uster West zurückgezogen. Er will eine neue Version vorlegen. Den Ustermer Stadtrat freuts.

Von **Eduard Gautschi**

**Uster.** – Die Finanzierung des Strassenprojekts Uster West mit den nicht aufgebrauchten Geldern eines Rahmenkredits aus dem Jahre 1981 scheint seine Tücken zu haben. Das scheint nun auch der Regierungsrat des Kantons Zürich erkannt zu haben. Er hat die ganze Vorlage zurückgezogen. Er will sie nun noch einmal «gründlich prüfen und allenfalls nochmals eine angepasste Vorlage unterbreiten», wie er gestern Donnerstag mitteilte. Geplant sei, so liess er verlauten, dem Kantonsrat im «vierten Quartal diese Jahres ein überarbeitetes Projekt zur Kreditfreigabe zu unterbreiten».

Zu dieser Übung hat sich der Regierungsrat entschlossen, nachdem die vortratende Kommission des Kantonsrats ein Gutachten über die rechtmässige Verwendung des Kredits aus dem Jahre 1981 in Auftrag gegeben hatte. Die Gutachterin war nämlich zum Schluss gekommen, es

sei rechtlich bedenklich, wenn ein Teil des Kredits für die Verlegung der Winterthurerstrasse verwendet werde, da er ja eigentlich für die Aufhebung von Bahnübergängen bewilligt worden sei. Würden mit dem Geld Strassen gebaut, wäre das eine Stimmrechtsverletzung.

Dieses Risiko wollte der Regierungsrat nicht eingehen. Das Projekt wird nun etappiert. Mit dem nicht verbauten Rest des Kredits von 1981 soll nun nur noch die Überführung erstellt werden, dank der dann der Bahnübergang Zürichstrasse in Werrikon aufgehoben werden kann.

### Separater Kredit nötig

Für die Verlegung der Winterthurerstrasse wird ein separater Kredit nötig sein. Dass der Regierungsrat auch diesen Kredit innert nützlicher Frist zur Verfügung stellen wird, hofft der Ustermer Stadtrat. Bauvorsteher Thomas Kübler (FDP): «Die rechtlichen Grundlagen sind geklärt, das Kernstück des Projekts kann mit dem Kredit von 1981 gebaut werden.»

Das sehen nicht alle so. Paul Stopper (LdU) zum Beispiel vertritt zusammen mit den Grünliberalen ein ganz andere Meinung. Die Grünliberalen teilten gestern mit, dass die «Neuprojektierung unter einem schlechten Stern» stehe, weil das verbliebene Stück des Projekts kaum dem Volks-

entscheid von 1981 entsprechen dürfte. Für innerstädtische Verbindungen sei der Rahmenkredit ausdrücklich nicht vorgesehen gewesen. Ins gleiche Horn stösst auch Paul Stopper: «Der damalige Regierungsrat Albert Sigrist (FDP) hat unmissverständlich festgehalten, dass der Kredit nicht für den Bau neuer Strassen verwendet werden darf.» Der neuen Vorlage des Regierungsrats schaut er gelassen entgegen. Einer Klage gegen die neue Vorlage räumt er hohe Chancen ein. Stopper vertritt – was das Projekt Uster West betrifft – die gleiche Meinung wie die Grünliberalen: «Das Projekt hat keine Zukunft, es wäre besser, wenn man es begraben würde.»

«Warum handelt der Stadtrat nicht und unterstützt statt Uster West den Bau einer Unterführung an der Winterthurerstrasse», fragt sich Stopper. Stopper steht mit dieser Meinung nicht alleine da. 1350 Personen haben letztes Jahr die Initiative des Komitees Pro Unterführung Winterthurerstrasse unterschrieben. Allerdings haben die Ustermer schon zweimal über eine Unterführung Winterthurerstrasse abgestimmt. Im Juni 2005 war eine Initiative mit 5529 zu 5217 Stimmen noch knapp verworfen worden. Fünf Jahre zuvor war die Unterführung mit 55 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden.

Dass der Regierungsrat mit der Etappierung des Projekts Salamitaktik betreibe,

lässt Kübler nicht gelten. Er ist zuversichtlich, dass das Projekt wie geplant ausgeführt werden kann – wenn auch in Etappen. Das für die Verlegung der Winterthurerstrasse ein separater Kredit nötig sei, sei zwar bedauerlich aber rechtlich offenbar nötig. Der Ustermer Stadtrat werde auf jeden Fall an der Linienführung festhalten und darauf drängen, dass die zweite Etappe – die Verlegung der Winterthurerstrasse – ebenfalls zügig ausgeführt werde.

### Kosten noch unklar

Dass sich das Projekt nun auf rechtlich abgesichertem Weg befindet, davon ist auch Othmar Martin, Projektleiter im kantonalen Tiefbauamt, überzeugt. Wie hoch der Kostenanteil des nun wegfallenden Teils Winterthurerstrasse sein wird, konnte er noch nicht sagen. «Da hängt vieles zusammen, dass erst noch berechnet werden muss. Wenn aus einem Projekt zwei werden, lassen sich die Kosten für beide Projekt nicht so schnell ermitteln, weil es viel Überschneidungen gibt.»

Nach dem Rückzug der Vorlage durch den Regierungsrat machen sich die Grünliberalen Gedanken anderer Art. Kantonsrat Thomas Meier findet, dass «nach 30 Jahren eine Neubeurteilung durch den Souverän angebracht wäre».

Bericht und Kommentar Seite 17



## Kredit aus dem Jahr 1981 hat seine Tücken

Die Finanzierung eines Strassenprojekts in Uster mit einem Kredit aus dem Jahre 1981 ist rechtlich fragwürdig. Nun macht auch der Regierungsrat einen Rückzieher.

Von **Eduard Gautschi**

**Uster.** - Die Finanzierung des Strassenprojekts Uster West entwickelt sich zur Posse. Das 1,56 Kilometer lange Strassenstück, mit dem ein Bahnübergang im Ustermer Weiler Werrikon aufgehoben werden soll, kostet 23 Millionen Franken. Über diesen Kredit wird das Zürcher Stimmvolk aber nicht abstimmen können, weil das Bauvorhaben mit dem Rest eines Kredits aus dem Jahre 1981 finanziert werden soll. Zuständig für die Bewilligung der 23 Millionen ist damit der Kantonsrat.

1981 hatte das Zürcher Volk einen Rahmenkredit von 38,6 Millionen Franken bewilligt für die Aufhebung verschiedener Bahnübergänge zwischen Wallisellen und Uster. Die Bahnübergänge sollten im Zuge des Ausbaus auf Doppelspur aufgehoben werden. Dazu gehörte auch der Bahnüber-

gang Zürichstrasse in Werrikon. Er sollte durch eine Unterführung ersetzt werden. Ersetzt wurde er nie, er steht heute noch und ist pro Stunde rund 40 Minuten geschlossen. Jetzt soll die neue Strasse Uster West mit einer Überführung die Funktion der einst geplanten Unterführung übernehmen. Von den 1981 bewilligten 38,6 Millionen wurden 13 Millionen nicht verbaut. Dank der Addition von 102 Prozent Bauteuerung seit 1980 ist die Summe auf 26 Millionen angewachsen.

### Endlich Unterführung bauen

Die vorgeschlagene Finanzierungsart stiess auf Unverständnis. Daran änderte auch die Antwort des Regierungsrats auf eine Anfrage von Kantonsrat Benno Scherrer (GLP, Uster) wenig. Scherrer hatte gefragt, ob das Projekt Uster West überhaupt noch der einstigen Zielsetzung des Kredits entspreche. Der Regierungsrat bejahte dies. Er wies darauf hin, dass von den Gesamtkosten 14 Millionen auf das Überführungsbauwerk entfallen. Jubel löste diese Mitteilung in Uster nur bei den Politikern aus. Die Opposition liess sich davon nicht beeindrucken. Sie forderte den Verzicht auf das Bauwerk und reichte eine Initiative für den Bau einer Unterführung Winterthu-



rerstrasse ein. Damit könnten die Verkehrsprobleme zufriedenstellend gelöst werden. Kritisiert wurde aber nicht nur die Finanzierung, sondern auch, dass mit dem Bauwerk zusätzlicher Verkehr in ein Quartier fliessen und ein Naturschutzgebiet vom Bau betroffen sei.

Die Kommission Planung und Bau des Kantonsrats nahm die regierungsrätliche Vorlage unter die Lupe und gab ein Gutachten über die Finanzierung in Auftrag. Die Gutachterin kam zu andern Schlüssen als der Regierungsrat. Mit dem Kredit

würde nicht nur ein Bahnübergang aufgehoben, sondern auch noch ein Teil der Winterthurerstrasse bis zum Lorenkreisel verlegt. Das entspreche nicht der Zielsetzung des Kredits. Das könne zu einer Stimmrechtsverletzung führen, findet nun auch der Regierungsrat und zieht die Vorlage zurück. Er will dem Kantonsrat noch dieses Jahr eine neue Vorlage unterbreiten, bei der die Verlegung der Winterthurerstrasse ausgeklammert wird.

Der Ustermer Stadtrat teilte gestern umgehend mit, dass er sich weiterhin für die Verlegung der Winterthurerstrasse einsetze. Die Gegner der Vorlage sind sich indessen einig, dass sich Kanton und Stadt an diesem Strassenstück die Zähne ausbeissen werden. Opponent Paul Stopper: «Es wäre höchste Zeit, wenn der Stadtrat umdenken und sich auf das Machbare konzentrieren würde: auf den Bau der Unterführung Winterthurerstrasse.» Stopper sass als LdU-Kantonsrat in der Kommission, die den Kredit 1981 vorberaten hatte. «Damals hielt Baudirektor Albert Sigrist (FDP) fest, dass der Kredit nicht für den Bau neuer Strassen oder Zubringer verwendet werden dürfe - das gilt sicher auch heute noch.» Nach Ansicht Stoppers liegt damit auch beim abgespeckten Projekt noch eine Stimmrechtsverletzung vor. *Kommentar in der 5. Spalte*

## Einblick zu «Uster West» verlangt

Der Verein Lebensqualität Uster West begrüsst, wie er mitteilt, die Erkenntnis des Regierungsrates, dass das Strassenprojekt «Uster West» nicht, wie ursprünglich vorgesehen, mit dem Kredit für die Sanierung des Bahnübergangs bei Werrikon finanziert werden kann. Die Sachlage sei derart klar, dass die Regierung nicht an der Vorlage in der seit einem Jahr bekannten Form habe festhalten können, so der Verein. «Weniger klar scheint die Beurteilung der Projektteile ausgefallen zu sein, welche durch den Kredit finanzierbar sind... Sicher scheint die Gutachterin also nicht einmal bezüglich der Kernelemente der Vorlage zu sein.»

Der Verein verweist weiter auf die Prüfung der Umweltverträglichkeit, die in der Medienmitteilung des Kantons mit keiner Silbe erwähnt werde. Die Stellungnahmen der prüfenden Behörden lägen aber mit Bestimmtheit schon lange vor. Wenn sie positiv ausgefallen wären, hätte das die Öffentlichkeit bestimmt umgehend erfahren, spekuliert der Verein. Zu diesem Thema herrsche aber Funkstille – ausser dass Stadtrat Thomas Kübler darauf hingewiesen habe, dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen den beurteilenden Autoritäten gebe.

### Fragezeichen zur Verträglichkeit

All das deutet gemäss dem Verein darauf hin, dass nicht nur zur Finanzierung neue Erkenntnisse vorliegen würden, sondern dass auch «die Umweltverträglichkeit des Projektes im Argen» liege und die Regierung «Orientierungsschwierigkeiten» habe. Deshalb solle die Bevölkerung Einblick in den Wortlaut des Rechtsgutachtens und die amtlichen Stellungnahmen zur Umweltverträglichkeit erhalten, fordert der Verein. «Denkbar, dass auch die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates eine willkommene Orientierungshilfe bieten könnte.» (avu)



# Auch Viadukt Uster-West ist umstritten

Der Regierungsrat will Uster-West etappieren. Doch ohne Rechtshändel wird der Bau nicht möglich sein. Gegner Paul Stopper unterlegt seinen Argumenten alte Dokumente.

Von **Heinz Girschweiler**

**Uster.** – Weil er Stimmrechtsbeschwerden befürchtet, zieht der Regierungsrat das 23-Millionen-Franken-Projekt Uster-West zurück (TA vom Freitag). Die Regierung hat das Vorhaben aus dem Restbestand jenes Rahmenkredites von 1981 bezahlen wollen, mit dem mehrere Bahnübergänge zwischen Wallisellen und Uster für 38 Millionen Franken aufgehoben werden sollten. Weil der Übergang Zürichstrasse in Werrikon noch heute besteht, soll das Geld von damals den Bau eines Viaduktes vom Industriegebiet Loren zur Zürichstrasse ermöglichen.

Die Regierung ist der Ansicht, für dieses Bauwerk allein lasse sich das Geld aus dem

seinerzeitigen Kredit verwenden. Nur die Fortsetzung der Strasse in Richtung Norden als neue Verbindung zur Winterthurerstrasse müsste – so die Regierung – vom Kantonsrat neu bewilligt werden.

Alt-Kantonsrat Paul Stopper (LdU) war seinerzeit in der Kommission zur Vorbereitung der Niveauübergang-Sanierungen dabei. Er hat den Rückzug der Vorlage wohl mitbeeinflusst, indem er die heutige Kantonsratskommission Planung und Bau mit alten Unterlagen versorgte. Diese liegen dem TA vor. Ein paar Punkte daraus:

■ Im Juni 1980 zählte der Regierungsrat die Niveauübergänge auf, die saniert werden sollten. Von einem Zubringer Nord (heute Uster-West) war darin keine Rede.

■ In einem Brief vom September 1980 an die Kantonsratskommission stellte sich der Stadtrat von Uster hinter eine Südumfahrung Werrikons. Seine Bedingung: Es solle «unabhängig von der Vorlage Niveauübergänge eine kantonale Kreditvorlage für den Zubringer Nord ausgearbeitet und zur Abstimmung gebracht» werden.

■ Im Oktober 1980 sagte Kreisingenieur

Rolf Peyer in der Kantonsratskommission, bezüglich des Nordzubringers werde gar nichts präjudiziert, es seien keinerlei Vorinvestitionen für diese Sache in der Vorlage vorgesehen.

■ Im Abstimmungsbüchlein vom April 1981 wird darauf hingewiesen, dass die Niveauübergänge im Stadtkern von Uster Gegenstand einer späteren, gesonderten Vorlage bilden würden.

■ In einem Brief an Paul Stopper versicherte Baudirektor Albert Siegrist (FDP) im Jahre 1981, der vom Stadtrat Uster gewünschte Zubringer Nord sei «im gegebenen Zeitpunkt» als separate Vorlage zu behandeln.

Im Mai 1999 stellte die Finanzkommission des Kantonsrates in einem Brief an Paul Stopper in Aussicht, sie werde als Aufsichtsorgan prüfen, dass die noch nicht verwendeten Teile des Rahmenkredites von 1981 nicht für andere Zwecke verwendet würden.

Angesichts dieser Dokumente ist schon jetzt klar, dass die vom Regierungsrat für den Spätherbst angekündigte erste Etappe von Uster-West kaum ohne Nebengeräu-

sche über die Bühne gehen wird. Der streitbare Verkehrsingenieur Paul Stopper stellt denn auch bereits in Aussicht, die Gerichte würden sich mit der Frage nach der Rechtmässigkeit der geplanten Finanzierung auseinandersetzen müssen.

## Gerichte werden Arbeit bekommen

Die entscheidende Frage wird für die Richter dann wohl sein, ob sie den Viadukt von der Loren zur Zürichstrasse als Ersatz für den Bahnübergang Werrikon gelten lassen oder ob sie ihn als Teil des Nordzubringers sehen. Die lange Geschichte um den Werriker Bahnübergang und um den Autobahnzubringer Uster-West wird noch etwas verlängert, so viel steht heute wohl schon fest.

Die Ustermer Grünen werten den Rückzug der Vorlage in einer Mitteilung als Chance für das Überdenken der Ustermer Stadtplanung. Sie lehnen den Viadukt Uster-West ab, weil er sowohl die Loren als auch das kommende Quartier Eschenbühl entwerfe. Vielmehr möchten die Grünen, dass die offizielle Planung auch den Bahnübergang Winterthurerstrasse einbezieht.



## Abbruch der Übung gefordert

Grüne, LdU und Verein Lebensqualität Uster West haben zum Rückzug des Strassenprojekts Uster West Stellung genommen: Die Zeit sei reif für einen Neubeginn, finden sie.

Von **Eduard Gautschi**

**Uster.** – Der radikalste Kommentar zum Entscheid des Zürcher Regierungsrats kommt vom Landesring. Dessen Vertreter Paul Stopper fordert: «Abbruch des 40-jährigen Krieges.» Schon vor 40 Jahren, beim ersten Verkehrsplan der Stadt Uster, habe der Stadtrat von einer Westtangente geträumt (siehe oben). Dass der Stadtrat nun in einer Medienmitteilung selbstsicher schreibe, es gehe in Etappen weiter, erstaune deshalb nicht. Die Annahme des Stadtrats, dass der Regierungsrat im 4. Quartal den Kredit für den Bau der Überführung der S-Bahn in Werrikon freigebe, entspreche nicht der Botschaft der Regierungsrats an den Kantonsrat. Dort sei nur die Rede davon, dass der Regierungsrat überprüfen werde, ob der Überführungsteil alleine verwirklicht werden könne. Der Regierungsrat werde auch prüfen, ob er – nach Durchsicht aller Möglichkeiten – allenfalls eine entsprechende neue Vorlage unterbreiten wolle. Stopper rät, angesichts dieser Unsicherheiten auf das Projekt Uster West zu verzichten und stattdessen die Bahnunterführung Winterthurerstrasse zu verwirklichen.

## Umweltverträglichkeit hinterfragt

Die Grünen sehen im Rückzug des Projekts eine «Chance für den Städtebau» in Uster. Der Rückzug biete die Chance, für ein «grundsätzliches Überdenken der Ustermer Stadtplanung» und die «Zerschneidung von Usters Quartieren durch Strassen und Bahn».

Der Verein Lebensqualität Uster West, freut sich wie die Grünen darüber, dass das Strassenprojekt Uster West nicht wie ursprünglich geplant mit einem Kredit, der für die Aufhebung des Bahnübergangs in Werrikon bestimmt war, verwirklicht werden kann. Martin Zürrer vom Verein Lebensqualität weist in einer Stellungnahme aber auch noch auf einen Aspekt hin, der bisher meist ausgeklammert wurde: Die Umweltverträglichkeit des Projekts. Zürrer äussert diesbezüglich Bedenken. Er fragt sich, wieso die Öffentlichkeit über den Bericht der prüfenden Behörden nie informiert worden sei. Laut Zürrer deute einiges darauf hin, dass das Projekt nicht nur wegen der umstrittenen Finanzierung zurückgestellt worden sei, sondern auch wegen der Umweltverträglichkeit, die im Argen liege. Es sei an der Zeit, dass die Öffentlichkeit Einblick in die entsprechenden Gutachten erhalte.

Uster

Dienstag, 21. April 2009

## LdU: Auf «Uster West» verzichten

Vor 40 Jahren, beim ersten Verkehrsplan der Stadt Uster, sprach der damalige Stadtrat von der «West-Tangente», danach wurde das Strassenprojekt «Zubringer-Nord», später «Nordzubringer» und zuletzt «Uster West» genannt: Die Rede ist von der projektierten Strasse, die vom Anschluss Uster Nord direkt durch die Loren zur Zürich-/Sonnenbergstrasse hätte geführt werden sollen. Der Regierungsrat zog das Projekt kürzlich zurück (wir berichteten). Zu diesem Rückzug äussert sich nun auch Paul Stopper im Namen des Ustermer Landesrings der Unabhängigen (LdU).

Am 16. April habe der Stadtrat Uster unter dem Titel «Uster West: Es geht in Etappen weiter» gemeint, er sei erfreut, dass die Kernelemente des Projekts «Uster West» gemäss Regierungsrat finanziell gesichert seien, schreibt Stopper in der LdU-Mitteilung. Nach der Kreditfreigabe im Kantonsrat im vierten Quartal 2009 können demnach die Überführung über die S-Bahn, der Radweg entlang der Bahnlinie, die Aufhebung des Niveauübergangs in Werrikon, der Rückbau der Zürichstrasse und die Instandsetzung der Werrikerstrasse realisiert werden. Zudem werde mit der Umsetzung dieser Vorhaben der Bahnübergang Winterthurerstrasse entlastet.

### Nur «allenfalls» Vorlage

Ganz anders sähe es der Regierungsrat, so Stopper: In der Zuschrift des Regierungsrats an den Kantonsrat vom 8. April habe dieser geschrieben, dass er es vorziehe, die Vorlage ganz zurückzuziehen und dem Kantonsrat nach einer Prüfung aller Möglichkeiten und Auswirkungen allenfalls nochmals eine angepasste Vorlage zu unterbreiten. Insbesondere werde zu prüfen sein, ob der Überführungsteil allein verwirklicht werden könne.

«Der Regierungsrat zieht also in Betracht, nur «allenfalls» eine Vorlage zu unterbreiten und erst nach Prüfung aller Möglichkeiten. Dazu gehört selbstredend auch eine Unterführung Winterthurerstrasse», schreibt Stopper weiter. Der LdU Uster lade den Regierungsrat deshalb ein, «definitiv auf das verunglückte, bald 40-jährige Strassenprojekt aus der Küche des Ustermer Stadtplaners Ulmann zu verzichten und auf die Variante Unterführung Winterthurerstrasse umzuschwenken». Die Winterthurerstrasse sei nach wie vor eine kantonale Strasse. Somit sei der Kanton befugt, ja verpflichtet, ein Unterführungsprojekt auszuarbeiten. (avu)



Uster

## Nein zu «Uster West» als Chance

Dass der Regierungsrat das Strassenprojekt «Uster West» verworfen hat, weil eine Stimmrechtsbeschwerde drohe, freut die Grüne Partei Uster. Sie sehe dies als Chance, die Stadtplanung in Uster grundsätzlich zu überdenken, heisst es in einer Stellungnahme der Partei.

Für die Grünen gibt es vielerlei Gründe, dieses Projekt zu verwerfen: «So ist etwa der Kredit schon bald dreissig Jahre alt und wurde ursprünglich für ein anderes Umfahrungsprojekt gesprochen. Es erscheint aus heutiger Sicht sinnlos, das damals gesprochene Budget für die heutige Vorlage zu verwenden.» Weiter bearbeitet werden sollen aus Sicht des Regierungsrates die Aufhebung des Niveauübergangs Werrikon und die damit einhergehende Instandsetzung der Werrikerstrasse, die Überführung über die SBB, die Radwegverbindung längs der Bahnlinie und der Rückbau der Zürichstrasse. «Die Aufhebung des Niveauübergangs Werrikon würde automatisch drastischen Mehrverkehr auf der Werrikerstrasse mit sich bringen» – für die Grünen absolut unerwünscht – sowohl aus Naturschutz- als auch aus Sicherheitsgründen.

Mittwoch, 22. April 2009

### Mit Splittung Kosten vertuschen?

Als «Chance für ein Überdenken der Zerschneidung von Usters Quartieren durch Strassen und die Bahn» sehen die Grünen das vorläufige Zurückstellen der Überführung. «Würde ein neues Projekt auf der Überführung beharren, wäre die Attraktivität der Neubaugebiete Loren und Eschenbühl in Frage gestellt.»

Unverständlicherweise wolle der Regierungsrat die Frage zum Niveauübergang der Winterthurerstrasse nicht in die Planung mit einbeziehen. «Über die Verlegung der Winterthurerstrasse soll erst später entschieden und dazu eine separate Finanzierungsvorlage erstellt werden.» Die Grünen finden dies unlogisch. Sie fragen sich, «ob diese Aufsplittung die wahren Kosten und Folgen eines neuen Projektes – für Uster wie für den Kanton – vertuschen soll». (avu)



## Streit um Quartierplan Brandschänki

Von Heinz Girschweiler. Aktualisiert am 08.05.2009

### **15 Betroffene wehren sich vor Verwaltungsgericht gegen ein Quartierplanverfahren in Gebiet Uster West. Die Richter haben noch nicht entschieden.**

Ein seltenes Ereignis gabs gestern Freitagnachmittag am Zürcher Verwaltungsgericht. Es fand eine öffentliche Verhandlung statt. Normalerweise tagt das Gericht hinter verschlossenen Türen und allein aufgrund von Akten. Diesmal aber hatten Ustermer Zivilkläger unter Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention eine öffentliche Schlussverhandlung verlangt. So sassen gestern Freitag vier Kläger aus dem Gebiet Brandschänki in Uster mit ihrem Rechtsvertreter auf der einen und der Ustermer Stadtplaner Walter Ulmann als Gegenpartei auf der anderen Seite vor drei Verwaltungsrichtern an der Zürcher Militärstrasse.

Beim Streit geht es um den Quartierplan Brandschänki. Der Stadtrat hat ihn Ende Januar letzten Jahres eingeleitet, weil er das Gebiet zwischen der Winterthurerstrasse und der geplanten Strasse Uster West am Stadteingang «zusammen mit den Grundeigentümern entwickeln möchte», wie Stadtplaner Ulmann vor Gericht sagte. Es soll ein städtisches Eingangstor mit einer städtischen Überbauung entstehen, so der Plan.

### **Bewohner fühlen sich überfahren**

Allerdings hält zumindest ein Teil der heutigen Bewohner in dieser Reservezone gar nichts von dem Vorhaben. «Man will meine Klienten ganz einfach aus ihren Häusern vertreiben», ereiferte sich ihr Rechtsvertreter. Das sei für die Schweiz ein unerhörter Vorgang. «Wo bleibt da die Eigentumsgarantie?», empörte er sich. Über den öffentlichen Gestaltungsplan wolle die Stadt an die Häuser gelangen. Der Stadt warf er arrogantes Vorgehen vor. An einer «Befehlsausgabe» im April 2007 seien die Bewohner mit einem städtebaulichen Konzept konfrontiert worden, unter dem ihre Häuser begraben würden.

Die Beschwerdeführer verlangen, dass das Quartierplanverfahren beendet werde. Es sei planerisch nicht abgestützt, lärmtechnisch unmöglich, und es komme zu einem falschen Zeitpunkt, argumentierten sie. Gegenwärtig sei nämlich überhaupt nicht klar, ob die Strasse Uster West in der geplanten Form überhaupt je gebaut werde. Sollten die Richter gegen ihr Begehren entscheiden, so erwarten vier Grundeigentümer am Brandschänki- und am Riedweg, dass ihre Liegenschaften wenigstens aus dem Quartierplanperimeter entlassen werden. Diese seien nämlich vollständig und genügend erschlossen, auch wenn dies die städtischen Behörden anders sähen. Stadtplaner Walter Ulmann erläuterte dem Gericht in der öffentlichen Schlussverhandlung nochmals die vom Parlament mitgetragene Idee eines neuen Quartiers in der Brandschänki. Es soll dereinst vom

Winterthurerstrasse-Stummel her erschlossen werden. Gegen die Strasse Uster West hin sollen voluminöse Bauten einen massiven Riegel bilden und so den Lärm dämmen. Für die Entlassung einzelner Parzellen aus dem Verfahren sei später Zeit, wenn das Konzept weiter entwickelt sei, sagte Ulmann.

Das Verwaltungsgericht gibt seinen Entscheid später schriftlich bekannt.

**Mehr Nachrichten und Hintergründe vom Oberland gibt es täglich im Regionalbund des Tages-Anzeigers. Schreiben Sie direkt an [oberland@tages-anzeiger.ch](mailto:oberland@tages-anzeiger.ch) (Tages-Anzeiger)**

Erstellt: 08.05.2009, 20:02 Uhr

---

**Partner- Websites:** 20min.ch · Kadermarkt · annabelle.ch · automobilrevue.ch · bernerzeitung.ch · dasmagazin.ch · derbund.ch · eload24.com · facts.ch · fuw.ch · Immobilien · Stellen · lessentiel.lu · motosport.ch · motosportsuisse.ch · newsprint.ch · Partnersuche · Gratis-Inserate · radio24.ch · ratschlag24.com · revueautomobile.ch · schweizerfamilie.ch · sonntagszeitung.ch · tagesanzeiger.ch · tamedia-stellenmarkt.ch · telezueri.ch · thurgauerzeitung.ch · zueritipp.ch

© Tamedia AG 2009 Alle Rechte vorbehalten



---

Uster: 09.05.09 09:08

## Brandschenke zweiter Akt

### Urteil wird in circa zwei Monaten erwartet

**Am Freitag fand die Verhandlung zum Rekurs gegen die Rechtmässigkeit der Auslösung des Quartier- und Gestaltungsplanverfahrens Brandschenke Uster im Zürcher Verwaltungsgericht statt.**

Dieser war Ende November 2008 in erster Instanz von der kantonalen Baudirektion abgelehnt worden. Im Februar 2008 hatte die Stadt Uster das Quartier- und Gestaltungsplanverfahren Brandschenke eingeleitet und dies den rekursberechtigten Anwohnern mitgeteilt. Daraufhin hatten gemäss Martin Zürrer, Vertreter der Rekurrenten, 16 Anwohner und Zugewandte Rekurs erhoben.

«Das Urteil wird in etwa zwei Monaten erwartet», sagt Zürrer und gibt sich zuversichtlich: «Die Argumentation der Stadt steht auf wackligen Füßen.» Seit der letzten Verhandlung hat sich die Ausgangslage verändert. «Wir sind der Meinung, dass die Rechtsgrundlage für den Quartier- und Gestaltungsplan fehlt, denn die Stadt will hier auf die Umfahrungsstrasse Uster West städtebaulich reagieren. Doch es sei fraglich, ob das Projekt «Strasse Uster West» überhaupt realisiert werden könne.

Das Gebiet Brandschenke befindet sich in der Reservezone und soll eingezont und bebaut werden. Zürrer ist auch Mitglied des Vereins Lebensqualität Uster, der sich vehement gegen den Bau der Strasse Uster West wehrt. Doch mit dem Rekurs Brandschenke habe der Verein nichts zu tun, sagt er. (sti)

---

© Copyright by ZO-Online - 09.05.2009

---

---

Uster: 13.05.09 09:12

## Rückblick mit viel Eigenlob

### **GV des Vereins Lebensqualität Uster West**

**An seiner Generalversammlung blickt der Verein Lebensqualität Uster West auf sein erstes Vereinsjahr zurück - und windet sich ein Kränzchen.**

Der Verein Lebensqualität Uster West habe in seinem ersten Jahr umfangreiche Fakten über das Strassenbauprojekt Uster West zusammengetragen, schreibt der Verein in der Medienmitteilung über die Generalversammlung vom Dienstag.

Anfang April habe der Regierungsrat einsehen müssen, dass die Finanzierung des Projektstatsächlich so fragwürdig war, wie es die Analyse des Vereins gezeigt habe. Dass der Regierungsrat sein Projekt sistiert hat, sei für den Verein ein erster Höhepunkt.

Der Verein kündigt an, sich weiterhin gegen das Strassenbauprojekt Uster West zu wehren. Es bleibe ein unverhältnismässiges Vorhaben, dass sich weder lohne noch rechtfertige, heisst es in der Mitteilung weiter. (zol)

---

© Copyright by ZO-Online - 13.05.2009

---

# Die ungelöste Frage der Bahnübergänge in Uster

*Umstrittene Unterführung wird geprüft*

NZZ

Freitag, 15. Mai 2009

sho. Seit dem Ausbau der Bahnstrecke Richtung Wallisellen zur Doppelspur Anfang der achtziger Jahre beschäftigt sich Uster mit seinen Bahnübergängen. Die Stadt verfügt heute nur über eine enge Unterführung beim Bahnhof. Der Stadtrat will, um zusätzlichen Verkehr vom Zentrum fernzuhalten, von den diversen Niveauübergängen primär die beiden äussersten aufheben: Im Osten am Eingang zum Aatal ist eine Unterführung vorgesehen. Im Westen soll der Übergang der Zürichstrasse bei Werrikon mit dem Bau der Strasse Uster West durch einen Viadukt über die Gleise ersetzt werden. Dieses kantonale Projekt hat der Regierungsrat Mitte April aber zurückgezogen. Umstritten ist unter anderem die Finanzierung, weil auf einen nicht ausgeschöpften Kredit aus dem Jahr 1981 für die Aufhebung von Niveauübergängen zurückgegriffen werden soll. Uster West ist eine 1,5 Kilometer lange Strasse, die auf einer Länge von rund 600 Metern die stark befahrene Einfallachse vom Autobahnanschluss Uster West her, die Winterthurerstrasse, ersetzen soll.

Eine Gruppe Ustermer, teilweise identisch mit den Gegnern der Strasse Uster West, fordert dagegen schon lange eine Bahnunterführung für ebendiese Winterthurerstrasse. 2000 und 2005 sind entsprechende Volksbegehren gescheitert, das zweite Mal allerdings nur hauchdünn. 2008 wurde die dritte Initiative in dieser Sache eingereicht. Der Stadtrat hat sich immer gegen eine solche Lösung gewandt, weil sie die Entlastung der Anwohner an der Winterthurerstrasse verunmöglichen und mehr Verkehr ins Zentrum lenken würde. Weil die dritte Initiative aber die Unterführung nicht mehr anstelle der neuen Strasse fordert, sondern «unabhängig von einer allfälligen Strasse Uster West», ist der Stadtrat nun bereit, die Variante zu prüfen. Die Initianten beziffern die Kosten zulasten der Stadt auf gut 10 Millionen Franken, andere Schätzungen beliefen sich auf 20 Millionen. Laut dem Stadtrat, der auf Uster West setzt, müssten dem Bau der Unterführung Winterthurerstrasse mehrere Hauszufahrten weichen, auch zu einem Parkplatz für einen Migros-Laden.

Um offene Fragen zu klären, beantragt der Ustermer Stadtrat beim Gemeinderat nun einen Kredit von 470 000 Franken. Das Bauprojekt würde dann dem Referendum unterstehen. Ein Problem mit den Bahnschranken, die heute bis 45 Minuten in der Stunde geschlossen bleiben, hat sich entschärft. Da aus fahrplantechnischen Gründen die S 25 als fünfte S-Bahn-Linie nach Uster wegfällt (NZZ 12. 5. 09), ändert sich an den heute 16 Zugfahrten pro Stunde für längere Zeit nichts.



**Uster** Stadtrat will mit Vor- und Bauprojekt die Initiative Winterthurerstrasse testen

# Unterführung auf dem Prüfstand

Der Ustermer Stadtrat will für die von einer Initiative geforderte Unterführung Winterthurerstrasse nun eine Vorlage ausarbeiten. Dafür beantragt er einen Kredit von 470 000 Franken.

Bettina Sticher

Die vom Komitee Pro Unterführung Winterthurerstrasse eingereichte Volksinitiative für eine Unterführung der Winterthurerstrasse wurde vom Ustermer Stadtrat auf ihre Rechtsgültigkeit hin überprüft und diesbezüglich abgesegnet. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Tatsache, dass diese Initiative die Unterführung nicht mehr anstelle, sondern unabhängig von der Realisierung der Strasse Uster West fordert.

Der Stadtrat will nun mit einem Vor- und Bauprojekt für die Unterführung Winterthurerstrasse eine Vorlage ausarbeiten und sie damit auch prüfen. Dafür beantragt er dem Gemeinderat einen Investitionskredit von 470 000 Franken, der in die Investitionsrechnung 2010 der Stadt aufgenommen werden soll.

## Kritik des Stadtrates

In seinem Bericht hält der Stadtrat nach dem rechtlichen Teil mit Kritik nicht zurück. So verweist er auf sein Verkehrskonzept mit der Umfahrungs-



*Stau an der Barriere ärgert viele: Für die von der entsprechenden Volksinitiative geforderte Unterführung Winterthurerstrasse in Uster will der Stadtrat nun eine Vorlage ausarbeiten. (sti)*

strasse Uster West und bezeichnet es als «Steter Tropfen höhlt den Stein»-Taktik, dass vier Jahre nach dem negativen Volksentscheid zu einer Unterführung Winterthurerstrasse dasselbe Begehren von zum Teil denselben Personen erneut auf den Tisch komme. Der Stadtrat favorisiert neben der Umfahrung Uster West, die in Uster stark umstritten ist, zwei weitere mögliche Unterführungen bei der Wermatswilerstrasse und in Oberuster. An der Unterführung Winterthurerstrasse bemängelt er, dass deren Anwohner und auch die Innenstadt so nicht vom Verkehr entlastet würden.

Der Stadtrat bezeichnet eine Unterführung an der Winterthurerstrasse als verkehrsplanerisch ungeeignet. Sie entspreche weder dem kantonalen noch dem kommunalen Verkehrsrichtplan.

## Kosten von 20 Millionen

Wird die Initiative vom Gemeinderat unterstützt, erarbeitet der Stadtrat eine entsprechende Vorlage. Dieser zustimmende Parlamentsbeschluss kann nicht mit einem Gegenvorschlag an die Urne gebracht werden. Stimmt der Gemeinderat in der Folge einer ausgearbeiteten Vorlage ohne Gegenvorschlag zu, so fin-

det keine Volksabstimmung statt, wobei der Beschluss des Gemeinderates dem Referendum untersteht.

Lehnt der Gemeinderat die Initiative ab, gibt es eine Volksabstimmung. Der Gemeinderat kann der Initiative in diesem Fall einen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Wird die Initiative vom Volk angenommen, lässt der Gemeinderat durch den Stadtrat eine Vorlage ausarbeiten. Die Realisierung der Unterführung würde gemäss einer Zweckmässigkeitsbeurteilung durch den Kanton rund 20 Millionen Franken kosten, die vermutlich die Stadt Uster zu tragen hätte.

**Uster**

## Position des Stadtrates erklärt

An der Parteiversammlung der FDP Uster erklärte Stadtrat und Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) die Position des Stadtrates zur Initiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse, wie die FDP mitteilt. Der Stadtrat befürwortet die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage (siehe Artikel links), halte aber weiter daran fest, zuerst das kantonale Projekt Uster West zu realisieren und erst danach die Unterführung der Winterthurerstrasse zu prüfen. Als weitere mögliche Unterführungsprojekte nannte er die Unterführungen Aathalstrasse sowie Wermatswilerstrasse. (avu)

**Uster**

## SP gegen Unterführung

Die SP der Stadt Uster spricht sich in einer Medienmitteilung klar gegen das Projekt Unterführung Winterthurerstrasse aus. Für die SP wäre dies neben der Umfahrung Uster West eine bloss Kapazitätserweiterung. Mit der Unterführung würde deutlich mehr Verkehr ins Ustermer Zentrum geführt, so die SP.

Zudem verlangt die SP die Sistung des laufenden Quartierplan- und Gestaltungsplanverfahrens im Gebiet Brandeschänki. Die Notwendigkeit dieses Verfahrens sei mit der Verlagerung des Verkehrs von der Winterthurerstrasse auf die Strasse Uster West begründet worden. Durch den Rückzug des bisherigen Projekts sei nun aber alles wieder offen, argumentiert die SP. (avu)



# Bewährungsprobe für die Initiative Unterführung Winterthurerstrasse

Der Ustermer Stadtrat hat eine Initiative für gültig erklärt, die bei der Winterthurerstrasse eine Unterführung bauen will. Der Gemeinderat muss über den Projektkredit entscheiden.

Von **Nicole Roos**

**Uster.** – Vor knapp einem Jahr, am 18. Juni 2008, reichte ein Initiativkomitee die Volksinitiative «für eine Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Barrieren-Übergang» ein. Unterschrieben haben die Initiative 636 Ustermer Stimmberechtigte. Der Stadtrat hat nun die Rechtmässigkeit der Initiative überprüft und sie für gültig befunden. Er verheimlicht nicht, dass ihm der Bau einer Unterführung an der Winterthurerstrasse nicht nötig erscheint. Dennoch sei der Zeitpunkt richtig, eine seriöse Klärung der Fragen vorzunehmen und ein entsprechendes Bauprojekt zu erarbeiten.

Grundsätzlich will der Stadtrat aber die Verkehrsprobleme anders lösen. Mit dem

Bau der geplanten Umfahrungsstrasse Uster-West soll nämlich die Winterthurerstrasse abklassiert werden. Der Durchgangsverkehr würde am Zentrum vorbei geleitet. So sollen die Anwohner der stark befahrenen Winterthurerstrasse vom Verkehr entlastet werden. Der Bau der Unterführung bewirke das Gegenteil: Die Wohnqualität an der Winterthurerstrasse werde nicht verbessert, sondern verschlechtert, schreibt der Stadtrat. Zudem ortet er mögliche Verkehrsprobleme beim Kreisel Winterthurer- und Berchtoldstrasse. Diese seien mitten im Zentrum nicht erwünscht. Der Stadtrat prüft vielmehr eine zweite Unterführung an der Wermatswilerstrasse. Bei geschlossener Barriere staut sich dort der Verkehr oft bis auf die Florastrasse.

## **SP-Fraktion lehnt Unterführung ab**

Weiter erwartet der Stadtrat Probleme beim Bau der ungefähr 250 Meter langen Unterführung an der Winterthurerstrasse. So müssten verschiedene private Hauszufahrten aufgehoben werden und die Zufahrt zur Migros West sei von der Winterthurerstrasse her nicht mehr möglich.

In der Initiative ist von Kosten von rund 10,7 Millionen Franken die Rede. Der Stadtrat rechnet für das Vorprojekt mit Kosten von 470 000 Franken. Falls die Unterführung realisiert würde, müsste Uster die Kosten alleine tragen. Bevor jedoch der Stadtrat ein solches Projekt erarbeiten lässt, muss der Gemeinderat der Initiative zustimmen. Ob er dies tut, ist eher unsicher. Denn die SP hat in einer Medienmitteilung bereits die Ablehnung der Initiative bekannt gegeben. Sie begründet den Entscheid damit, dass der Bau einer neuen Strasse nur als Ersatz für eine alte Strasse vertretbar sei. Konkret heisst das, wenn Uster West und zusätzlich noch die Unterführung an der Winterthurerstrasse gebaut würden, gäbe es mehr Verkehr im Zentrum, ohne dass andere Achsen entlastet würden. Die SP befürchtet zudem, dass der Verkehr in die angrenzenden Quartiere ausweichen würde.

Stimmt der Gemeinderat der Initiative zu, arbeitet der Stadtrat ein Bauprojekt aus. Lehnt er sie ab, findet eine Volksabstimmung statt. Der Gemeinderat kann in diesem Fall der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Wenn das Volk Ja sagt, wird die Unterführung realisiert.



# Neue Unterführungen in Uster prüfen

Der Stadtrat legt ein Konzept zur Verkehrsplanung in Uster vor.

Darin sind auch neue Bahnunterführungen ein Thema.

**Uster.** – In regelmässigen Abständen unterbreitet der Stadtrat dem Gemeinderat einen Bericht, welche Schwerpunkte er beim Verkehr sieht. Der aktuelle Bericht umfasst folgende Punkte:

■ Mit den Viertelstundentakt ist Uster optimal mit Zürich verbunden. Ein ange-dachtes Projekt mit einer neuen S-Bahn-Verbindung (S25) mit Wendegleis in Uster wird vom Zürcher Verkehrsverbund nicht mehr weiterverfolgt, wie der Stadtrat schreibt. Dafür würde mittelfristig das Platzangebot in der S5 und der S15 zu den Hauptverkehrszeiten erhöht.

■ Mit dem nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2010 will der Stadtrat das Busangebot in Oberuster verbessern. So wird der Rundkurs Bahnhof-Oberuster-Nossikon durch eine Durchmesserlinie ersetzt.

■ In den Hauptverkehrszeiten haben verschiedene Busse der Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland (VZO) Mühe, den Fahrplan einzuhalten. Besondere Probleme gibt es in Riedikon, beim Nüsslikreisel im Zentrum, bei der Einfahrt von der Pfäffiker- in die Brunnenstrasse und bei der Einmündung Sulzbacherstrasse in die Aathalstrasse in Oberuster. Als Lösungen fasst der Stadtrat ein Lichtsignal ins Auge, das die VZO-Busse bevorzugt.

■ Beim Strassenprojekte Uster-West rechnet der Stadtrat damit, dass der Kantonsrat im 4. Quartal 2009 den Kredit für ein Teilprojekt freigeben wird. Für die Initiative, die eine Unterführung an der Winterthurerstrasse verlangt, unterbreitet der Stadtrat dem Gemeinderat eine separate Vorlage.

■ An der Kanzleistrasse ist eine Fussgänger- und Velounterführung geplant, die zum Schulhaus Freiestrasse führen soll. Auch an der Kreuzstrasse will der Stadtrat eine Fussgänger- und Velounterführung in die Planung aufnehmen.

■ An der Wermatswilerstrasse will der Stadtrat sogar eine Unterführung für Autos prüfen. Dies weil sich bei geschlossener Barriere die Autos häufig bis auf die Florastrasse stauen. Ein schmale Unterführung mit einer Höhe von 3,2 Meter und einer Breite von 6 Metern wäre auch für kleinere Lastwagen befahrbar.


■ Im Zusammenhang mit der Oberlandautobahn steht eine Unterführung Aathalstrasse in Oberuster. Zuerst aber müsse der Bund eine Rechtsgrundlage schaffen, um die Oberlandautobahn zu realisieren.

■ Im Zentrum von Uster wird versuchsweise eine Begegnungszone an der Webern- und Gerichtsstrasse eingeführt. Als weiterer Schritt könnte diese Zone in Richtung Bankstrasse ausgedehnt werden.

■ Als Lösung für ein verkehrsarmes Zentrum sieht der Stadtrat ein Parkhaus, dass von der Zürichstrasse her erschlossen wird. Zurzeit erarbeitet die Verwaltung einen entsprechenden Bericht. (nir)

REKLAME

LH313-H

Programm bis zum 27. Mai  
**Kino Rio Wetzikon**  
 Tickets 043 497 00 11 Infos 043 497 00 12  
 T O M H A N K S  
  
**ILLUMINATI**  
 ANGELS & DEMONS  
 Täglich  
 20.30 / 23.15



---

Uster : 23.05.09 07:55

## Bahnübergänge und Zentrum neu gestalten

### Stadtrat zum Stand der Verkehrsplanung

**Kernproblem der Ustermer Verkehrsplanung ist die Zweiteilung der Stadt durch die S-Bahnlinie. Dafür sind verschiedene Lösungen konzipiert. Ein Anliegen ist auch ein beruhigtes Zentrum.**

Bettina Sticher

Alle Wege führen nach Uster. Das Angebot für den öffentlichen und den privaten Verkehr wird stetig verbessert. Eine gute Verkehrserschliessung ist für die Stadt ein wichtiges Anliegen. Doch Uster stösst mit den Kapazitätserweiterungen an Grenzen: die geschlossenen Barrieren. Ein grosser Teil der Verkehrsprobleme sind auf die Zweiteilung der Stadt durch die Bahn zurückzuführen.

Die meisten der aktuellen Fragen der Verkehrsplanung, mit der sich die Stadtregierung zur Zeit befasst, haben direkt oder indirekt mit geplanten Bahnüber- oder Unterführungen zu tun. Aber auch der Ausbau der S-Bahn sowie des Busverkehrs und die Schaffung eines attraktiven verkehrsfreien Zentrums mit unterirdischen Parkmöglichkeiten sind wichtige Grundpfeiler des städtischen Verkehrskonzeptes.

#### Uster West und andere Pläne

Dazu gehört die in Uster umstrittene, aber im kantonalen Verkehrsrichtplan festgehaltene Umfahrungsstrasse Uster West, die nun voraussichtlich in Etappen realisiert werden soll. In seinem aktuellen Bericht zur Ustermer Verkehrsplanung sowie dem Verkehrskonzept 2010 an den Gemeinderat verweist der Stadtrat auf den aktuellen Stand dieses Projekts. Es sei geplant, die reduzierte Projektvorlage dem Kantonsrat im vierten Quartal 2009 zur Kreditfreigabe zu unterbreiten. Für die durch eine Volksinitiative geforderte Unterführung Winterthurerstrasse will der Stadtrat ein Bauprojekt ausarbeiten. Das Unterführungsbauwerk übernehme nach der Realisierung von Uster West eine innerstädtische Bedeutung.

Wichtig bleibt auch die Unterführung Dammstrasse von der noch nicht klar ist, ob sie künftig im regionalen Verkehrsrichtplan enthalten ist oder nicht. Entlastung im Zusammenhang mit dem Ausbau der S-Bahn auf Doppelspur und dem Bau der Oberlandautobahn würde in Oberuster die Unterführung Aathalstrasse bringen. Das Postulat für eine Unterführung Brunnenstrasse in Usters Zentrum hat der Gemeinderat nicht überwiesen. Auch der lokale Busverkehr soll ausgebaut und verbessert werden. Geplant sind hier separate Busspuren und Duchmesserlinien an Stelle von Rundkursen. Abwohl im Widerspruch zu den Kreiselanlagen stehend, wird auch die Option von Lichtsignalanlagen mit Busbevorzugung geprüft.

#### Uster nützt Bahnergänzung wenig

Von der vierten Teilergänzung der S-Bahn, deren Herzstück der neue Durchgangsbahnhof in Zürich bildet, profitiert Uster nur marginal. Das Projekt S25 mit Wendegleis in Uster, das mit beschleunigten Verstärkungszügen über Oerlikon nach Uster die S5 und die S15 in den Hauptverkehrszeiten hätte entlasten sollen, werde nicht mehr weiterverfolgt, so der Stadtrat. Für Uster wichtig sei es aber, dass sich die Zürcher Oberland-Gemeinden für die Realisierung des im Verkehrsrichtplan enthaltenen Doppelspurausbaus der S-Bahnlinie bis nach Rapperswil einsetzen.

#### Verkehrsfreies Zentrum

Neben den grossen Verkehrsachsen ist auch das verkehrsarme und somit attraktivere Zentrum Uster ein Hauptanliegen in der städtischen Planung. Als ein Schlüssel dafür gilt der Bau eines zentralen Parkhauses (siehe Kasten rechts), das direkt ab der Zürichstrasse zu erschliessen wäre. Pläne und Vorschläge politischer Vorstösse gehen in Richtung Begegnungszonen und Fussgängerzonen. Diskutiert wird auch die Sperrung der Bankstrasse.

---

© Copyright by ZO-Online - 24.05.2009

# Fragen zu Bauprojekt Uster West

**Uster.** – Ornella Ferro, grüne Kantonsrätin aus Uster, hat dem Regierungsrat einen Fragenkatalog zum Strassenbauprojekt Uster West unterbreitet. Sie will Antworten auf offene Fragen, die sie sich nach dem Rückzugsentscheid des Regierungsrats stellt. Zum Beispiel will sie wissen, warum der Regierungsrat an Uster West festhält, obwohl «alle politischen Entscheide, abgesehen vom Rückzugsentscheid vom 8. April, auf falschen Zahlen und auf der irrtümlichen Annahme der Verwendbarkeit des Kredits von 1981 basieren?» Damit nimmt sie Bezug auf die unterschiedlichen Zahlen der Verkehrszählung von 2002 und 2006. Im Weiteren will Ferro Öffentlichkeit herstellen, was die vom Regierungsrat angeordnete «Prüfung aller Möglichkeiten und Auswirkungen» betrifft. Sie will wissen, welche Resultate diese Prüfung ergab und ob die detaillierten Resultate nicht eingesehen und an interessierte Bürger verteilt werden könnten und warum der problematischste Projektteil – der Ausbau Werrikerstrasse – erste Priorität genieesse. (gau)



**Uster** Anfrage von Grünen an Regierungsrat stellt Nutzen von Restprojekt infrage

# Zweifel an Angaben zu «Uster West»

Erneute Kritik am Projekt «Uster West»: Drei Kantonsräte der Grünen zweifeln an der Richtigkeit und am Sinn des Restprojekts und gelangen an den Regierungsrat.

Bettina Sticher

Und wieder hagelt es Kritik am umstrittenen Projekt «Umfahrungsstrasse Uster West». Drei Kantonsräte der Grünen, darunter Ornelia Ferro aus Uster, verlangen vom Regierungsrat in einer Anfrage mehr Hintergrundinformationen. Dabei kritisieren sie Zahlenangaben, das Vorgehen und überhaupt den Sinn des redimensionierten Projekts.

## «Falsche Verkehrszahlen»

Die Kantonsräte nehmen Bezug auf den Umweltverträglichkeitsbericht, der zeige, dass die Verkehrszahlen beim Bahnübergang Werrikon nicht den Tatsachen entsprächen. Effektiv gezählt worden seien im Jahr 2006 3920 statt der zur Begründung für den Bau von »Uster West« verwendeten 9000 Fahrzeuge pro Tag. Auch berufen sie sich auf das Rechtsgutachten zur Verwendung des Kredits.

Die Grünen wollen vom Regierungsrat wissen, warum an «Uster West» festgehalten werde, obwohl die politischen Entscheide auf falschen Zahlen und auf der «irrtümlichen Annahme» der Verwendbarkeit des Kredits von 1981 basieren. Zudem verlangen sie eine Stellungnahme zur Verwendbarkeit des Kredits für die einzelnen Elemente des Teilprojekts. Weiter fragen sie, ob die detaillierten Resultate öffentlich eingesehen werden dürfen.

Zudem wollen die grünen Kantonsräte wissen, weshalb nun zweifelsfrei feststehe, dass das redimensionierte Projekt durch den Kredit von 1981 finanziert werden könne und eine Stimmrechtsbeschwerde keine Chance hätte. Schliesslich fragen sie, warum ausgerechnet jener Projektteil (Ausbau Werrikerstrasse) prioritär vorangetrieben werde, der in der Zweckmässigkeitsbeurteilung als besonders nachteilig und problematisch identifiziert worden sei.



Von grünen Kantonsräten und dem Verein Lebensqualität Uster angezweifelt: Nutzen des Bahnübergangs Werrikon als Teil des umstrittenen Strassenbauprojekts «Uster West». (Archiv)

Der Regierungsrat hatte Anfang April das Projekt zurückgezogen, um es schliesslich in abgespeckter Form (unterer Teil mit Überführung Werrikerstrasse) ausarbeiten zu lassen.

## Umweltschutz angezweifelt

Wo das Thema «Uster West» auftaucht, ist auch dessen Ustermergegner Verein Lebensqualität Uster nicht fern. Der Verein lässt via Medienmitteilung verlauten, dass die Anfrage der Kantonsräte zeige, wie absurd das Projekt sei. Er argumentiert, dass die angebliche Kostenwirksamkeit der Überführung Werrikerstrasse vom Regierungsrat nie begründet worden sei und dass «Uster

West» keine Ortsumfahrung sei, sondern höchstens eine Umfahrung Werrikon und der Verkehr mit dieser Strasse länger durch Uster hindurch geführt werde als heute.

Schliesslich bemängelt der Verein, dass das Thema Moor- und Umweltschutz in der derzeitigen politischen Diskussion ganz verschwiegen und einfach hinter den rechtlichen Problemen mit dem Kredit versteckt werde. Der Verein fordert nun vom Ustermer Gemeinderat, in der Abstimmung zum Verkehrskonzept der Stadt dem Strassenprojekt «Uster WestW, das im Konzept vorausgesetzt wird, die politische Unterstützung zu entziehen.



---

Uster: 18.06.09 18:22 ergänzt: 18.06.09 18:38

## Der nächste Rückschlag für «Uster West»

### Rekurs gegen Brandschänki-Quartierplan erfolgreich

**Die Stadt Uster kann das Quartier Brandschänki nicht so überbauen wie geplant. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat einen Rekurs von Anwohnern gutgeheissen. Der Quartierplan Brandschänki war Teil des Strassenprojekts «Uster West».**

Die Stadt Uster muss ihren Quartierplan für das Gebiet Brandschänki in Uster begraben. Den Garaus gemacht hat dem Plan ein Entscheid des Verwaltungsgericht. In zweiter Instanz hiess es eine Beschwerde von Anwohnern gut.

#### Häuser überbaut

Der Stadtrat Uster leitete am 29. Januar 2008 das Quartierplanverfahren für die Brandschänki ein. Das Gebiet im Quartierplan erstreckt sich auch über bebautes Gebiet, durchschnitten vom kantonalen Strassenprojekt «Uster West». Laut Gestaltungsplan sollen diese Bauten abgerissen werden und einem neuen Quartier weichen - so war es jedenfalls geplant, denn 16 betroffene Anwohner rekurrten gegen diesen Beschluss vor der Baudirektion des Kantons Zürich. Die Baudirektion wies den Rekurs ab, worauf die Rekurrenten vor das Verwaltungsgericht zogen.

#### Stadt muss bezahlen

Wie das Verwaltungsgericht nun bekannt gab, heisst es die Beschwerden von sieben der Rekurrenten gut. Der Quartierplan der Stadt Uster wird damit aufgehoben. Die acht erfolglosen Rekurrenten müssen die Hälfte der Gerichtsgebühren von rund 4'000 Franken bezahlen. Die andere Hälfte bezahlt die Stadt, zusätzlich zu den 3'000 Franken Entschädigung an die erfolgreichen Rekurrenten. Die Rekursfrist der Stadt gegen den Entscheid ist inzwischen ungenutzt verstrichen. (bal)



**Uster** Für Verwaltungsgericht sind Überbauungspläne in der Brandschänki ungültig

# Anwohner siegen gegen Stadt

Ohne Uster West gibt es keinen Quartierplan in der Brandschänki: Das Verwaltungsgericht pfeift die Stadt zurück.

Die Brandschänki ist ein kleines Gebiet, das an die grosse Ustermer Loren angrenzt, in der kräftig gebaut wird. Mit dem Bau der Strasse Uster West mitten durch das Quartier sollte die Brandschänki aufgeteilt werden.

Zwischen der neuen Strasse und der bestehenden Winterthurerstrasse entstünde statt der wenigen Einzelhäuser eine dreigeschossige Wohnzone mit dichterem Bebauung. Westlich der Strasse wäre eine Pufferzone zum angrenzenden geschützten Flachmoor.

## Keine Strasse, kein Plan

Dies zumindest sahen Stadt- und Gemeinderat vor. Doch nun haben sich Anwohner der Brandschänki erfolgreich gegen die Pläne der Stadt gewehrt. Das Verwaltungsgericht des Kantons



Über die Brandschänki (oben im Bild Gebiet mit Baumbestand beim Kran) darf die Stadt Uster kein Quartierplanverfahren durchführen. (Bild Sepp Schlegel)

Zürich hat entschieden, dass der Anfang 2008 gefällte Entscheid des Stadtrats, über die Brandschänki ein Quartierplanverfahren einzuleiten und einen öffent-

lichen Gestaltungsplan zu erstellen, aufzuheben sei. Der Bau der Strasse Uster West ist Voraussetzung für das Planungsvorhaben. Da die Realisierung dieser

Strasse in diesem Abschnitt laut Verwaltungsgericht «in weite Ferne gerückt» ist, sei die Einleitung des Quartierplanverfahrens unzulässig. (cb) **Seite 2**



**Uster** Die Stadt muss bei den Plänen für eine Überbauung der Brandschänki über die Bücher

# Ohne Uster West kein Quartierplan

Die Realisierung der Strasse Uster West im Nordabschnitt sei in weite Ferne gerückt – und damit die städtebaulichen Pläne für das Quartier Brandschänki hinfällig, findet das Verwaltungsgericht.

Christian Brändli

In der Brandschänki, dem nordwestlichen Einfallstor zur Stadt Uster, wird sich in nächster Zeit nicht so schnell etwas ändern. Und dies, obwohl der Ustermer Gemeinderat noch im September 2007 bekräftigt hatte, dass «die Entwicklung in diesem Gebiet vorangetrieben werden» müsse. Entstehen sollte neuer Wohnraum. Dies allerdings nur, wenn

## Verstoss gegen Verfassung

Neben dem erneuten Rückschlag für die Planung des Strassenbauprojekt Uster West hat das Urteil des Verwaltungsgerichtes auch Auswirkungen auf die Rechtsetzung des Kantons Zürich. So stuft das Gericht die Bestimmung im Planungs- und Baugesetz, welche die Baudirektion als letzte Instanz für Fragen zur Quartierplan-Einleitung bezeichnet, als bundesverfassungswidrig ein. Nach Ansicht des Rechtsvertreters der rekurrierenden Anwohner muss aufgrund dieses Urteils nun das Planungs- und Baugesetz geändert werden. (cb)

die Winterthurerstrasse mit dem Bau des Zubringers Uster West auch wirklich verschmälert werde und es am Stadteingang keine Lärmschutzwände gebe.

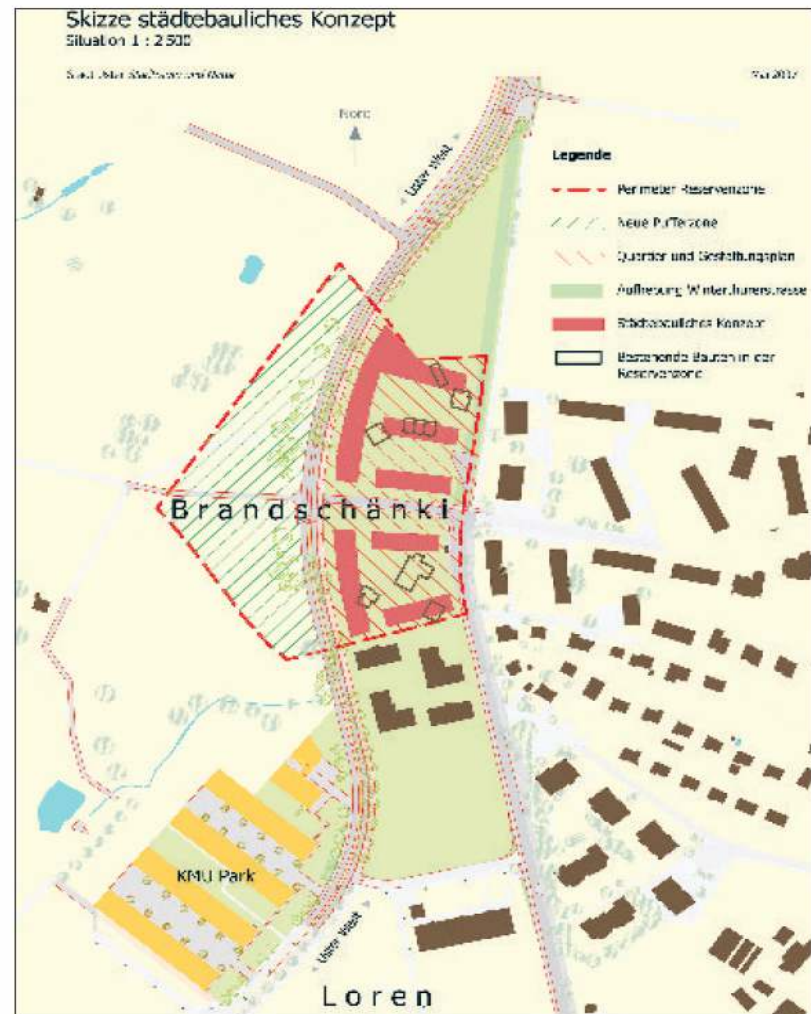
Doch nun wird es vorderhand noch gar keine Strasse Uster West geben. So hat der Regierungsrat die Kreditvorlage für das Strassenprojekt erst im April zurückgezogen. Er will prüfen, ob der südliche Teil des Vorhabens mit der Überführung über die Bahnlinie in der Loren allein verwirklicht werden kann, also ohne den Nordteil mit der Verlegung der Winterthurerstrasse.

## Gegen grosse Neubauten

Genau dieser Umstand ist sieben Anwohnern nun zupassgekommen. Sie wehrten sich gegen den Ende Januar 2008 vom Stadtrat gefällten Entscheid, ein Quartierplanverfahren einzuleiten und basierend auf dem städtebaulichen Konzept (siehe Plan) einen öffentlichen Gestaltungsplan zu erstellen. Die Anwohner wollten nicht schlucken, dass anstelle ihrer wenigen Wohnhäuser in der Brandschänki grosse Neubauten entstehen sollten.

In zweiter Instanz hat das Verwaltungsgericht die Beschwerde der Anwohner gutgeheissen. «Das strittige Planungsvorhaben steht ausdrücklich unter der Bedingung, dass das Strassenbauprojekt Uster West realisiert werde. Der Eintritt dieser Bedingung ist nach dem Rückzug der Kreditvorlage jedenfalls bezogen auf den hier interessierenden nördlichen Abschnitt in weite Ferne gerückt. Unter diesen Umständen erscheint eine Einleitung des Quartierplanverfahrens unzulässig», hält das Gericht unmissverständlich fest. Den Grundeigentümern sei nicht zuzumuten, auf unbestimmte Zeit in einem «planerischen Schwebezustand» zu bleiben.

Wie Stadtpräsident Martin Bornhauser gestern auf Anfrage erklärte, müsse



Nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts sind die Baupläne der Stadt Uster für das Gebiet Brandschänki Makulatur. (ü)

der Stadtrat nun nochmals über die Bücher. «Ich erachte dieses Urteil als nicht tragisch», meinte er. Mit der Niederlage

muss die Stadt knapp 6000 Franken an Gebühren und Entschädigungen übernehmen.



## Rechtsmittelordnung des Kantons Zürich ist verfassungswidrig

**Zürich/Uster.** – Im Rechtsstreit um den Quartierplan «Brandschänki» zwischen der Stadt Uster und einigen Bewohnern in jenem Gebiet hat das kantonale Verwaltungsgericht ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Das Gericht gibt nicht nur den Beschwerdeführern Recht, die den Quartierplan bekämpfen, sondern es kommt auch zum Schluss: «Die bestehende kantonale Rechtsmittelordnung erweist sich als bundesverfassungswidrig.» Gemäss Verfassung hat jede Person Anspruch darauf, Rechtsstreitigkeiten richterlich beurteilen zu lassen. In Fällen wie dem vorliegenden aber sei diese Garantie nicht gegeben.

Wohl kann man gegen die Festsetzung eines Quartierplans rekurrieren – zuerst bei der Baurekurskommission, dann beim Verwaltungsgericht. Einwände gegen die Einleitung eines solchen Quartierplanverfahrens beurteilt aber lediglich die kantonale Baudirektion. Die Möglichkeit, deren Entscheid vor ein Gericht zu ziehen, besteht nicht. Im vorliegenden Fall «Brandschänki» hatte die Baudirektion den Rekurs der Bewohner abgelehnt. Sie wollten, dass ihre Grundstücke aus dem Gebiet des Quartierplans ausgeklammert würden.

Welche Folgen dieses Urteil des Verwaltungsgerichts hat, war gestern noch nicht absehbar. Ein Rekurrent sieht darin auch «einen Rückschlag für die Planung des Strassenprojekts Uster-West». Andererseits müsse nun wohl auch das Planungs- und Baugesetz geändert werden. (mgm)



# Ustermer Brandschänki: Quartierplan auf Eis gelegt

Das Verwaltungsgericht hat einen Beschluss des Ustermer Stadtrats vom Januar 2008 aufgehoben. Ohne das Strassenstück Uster West gibt es keinen Quartierplan.

Von **Eduard Gautschi**

**Uster.** – Das Quartierplanverfahren, welches der Ustermer Stadtrat im Januar 2008 veranlasste, ist vom Tisch. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat den stadträtlichen Beschluss aufgehoben. Das strittige Quartierplanverfahren mache nur Sinn, wenn auch das Strassenstück Uster-West gebaut werde. Nachdem der Regierungsrat die Kreditvorlage für dieses Bauwerk kürzlich zurückgezogen habe, sei vor allem der Bau des nördlichen Teilstücks der Strasse Uster-West in weite Ferne gerückt, schreibt das Verwaltungsgericht. Unter diesen Umständen erscheine «die Einleitung des Quartierplanverfahrens unzulässig».

Mit dem Quartierplan wollte die Stadt vor allem ein vom Gemeinderat abgesegnetes städtebauliches Konzept umsetzen, welches die Überbauungsstruktur zwischen der geplanten Strasse Uster-West und der Winterthurerstrasse festgelegt hätte. Nach dem Bau der Strasse Uster-West, die von der Winterthurerstrasse abzweigt und dann fast parallel dazu ins Industriegebiet Looren führt, hätte das Areal zwischen den Strassen so überbaut werden sollen, dass zur Strasse Uster-West hin ein Lärmriegel entstanden wäre, der die dahinter liegenden Bauten vor den Immissionen des Verkehrs geschützt hätte. Die Winterthurerstrasse wäre beruhigt und vom Verkehr entlastet worden.

Das Verwaltungsgericht hätte das Quartierplanverfahren auch nur sistieren

können. Er tat dies aber nicht, weil den Eigentümern von Grundstücken im Planungsgebiet der «planerische Schwebezustand nicht zugemutet werden kann». Zudem sei bei der jetzigen Ausgangslage auch nicht abschätzbar, wie lange dieser Zustand noch anhalten werde. Solange dieser Zustand anhält, wird die Stadt Uster wohl die Hände von der Quartierplanung Brandschänki lassen. Das Gebiet Brandschänki lag gemäss Bau- und Zonenordnung aus dem Jahre 1970 in der Wohn- und Gewerbezone und wurde 1984 der Reservezone zugewiesen. Der Gemeinderat Uster beschloss im November 2005 die Reservezone zur Überbauung freizugeben, um Bauland zu schaffen.

## Rechtsstaatliches Problem

Nicht nur der Beschluss des Stadtrats wurde vom Verwaltungsgericht aufgehoben, sondern auch die Verfügung der Baudirektion vom September 2008. Die Baudirektion hatte damals einen Rekurs der Beschwerdeführer gegen die Einleitung des Quartierplanverfahrens abgewiesen. Dass sie diesen Entscheid über eine Streitigkeit als einzige Instanz entschied, ist ein ziemlich gravierendes rechtsstaatliches Problem. Laut Bundesverfassung hat nämlich jede Person Anspruch darauf, Rechtsstreitigkeiten durch eine richterliche Behörde beurteilen zu lassen. Dieses Recht stand den Beschwerdeführern im vorliegenden Fall aber nicht zu. Das Verwaltungsgericht kam deshalb zum Schluss, dass «die kantonale Rechtsmittelordnung bundesverfassungswidrig sei» (TA von gestern).

Dem Entscheid des Verwaltungsgerichts war im Mai eine öffentliche Verhandlung vorausgegangen. Die Zivilkläger hatten dies mit Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention verlangt. Normalerweise werden solche Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt.



## Gegen Unterführung – und gegen Uster West?

Als einzige Ustermer Ortspartei hat sich die SP-Uster zum Vorschlag des Stadtrates, (endlich) eine Unterführung Winterthurerstrasse seriös zu untersuchen, öffentlich geäussert und ihre klare Ablehnung bekannt gegeben. Dies erstaunt zwar nicht sonderlich, hat diese Partei doch in allen Abstimmungskämpfen der letzten Jahre kräftig gegen die Unterführung Winterthurerstrasse geworben.

### **Uster West eine «Todsünde»?**

Die SP-Uster hat mit dieser Haltung aber ein gröberes Problem. Bei der Behandlung des kantonalen Verkehrsrichtplanes hat der damals noch im Kantonsrat sitzende Ustermer SP-Vertreter, Stefan Feldmann, an der Sitzung vom 29. Januar 2007 Folgendes ausgeführt: «Ich erlaube mir im Folgenden gleich zu den Anträgen 87 bis 90 zu sprechen, also zu Moosackerstrasse und Uster West. (...) Für Uster West heisst es zusätzlich, vertiefte moorhydrologische Abklärungen, damit dem angrenzenden Werriker- und Glattenriet kein Schaden zugefügt wird. Erlauben Sie mir noch zwei kleine Bemerkungen zum Schluss: Bezüglich

Querung der Bahnlinie kommt für Uster West in unseren Augen einzig und allein eine Unterführung in Frage. Eine Überführung wäre eine landschaftsschützerische Todsünde, würde man doch gleichermassen ein Unding von Brücke mehr oder weniger mitten in die flache Landschaft stellen und dadurch der drittgrössten Zürcher Stadt ein ziemlich hässliches Eingangstor bescheren. Und zweitens nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis, dass aus den Erläuterungen zu den Einwendungen klar hervorgeht, dass ein Ausbau der Werrikerstrasse nun doch nicht vorgesehen ist. An der Öffnung einer zusätzlichen Querverbindung zur parallel verlaufenden kantonalen Hauptstrasse und zur parallel verlaufenden Autobahn besteht aus Ustermer Sicht nun wirklich kein Interesse. Wir Ustermerinnen und Ustermer vertrauen darauf, dass diese Feststellung sich dann auch wirklich in den kommenden Detailplanungen wiederfindet.»

### **Eine Über-, keine Unterführung**

Doch der Kanton plant ja in der Loren nicht eine Unter-, sondern eine

Überführung, weil die Geologie und die Hydrologie eine Unterführung nicht zulassen. Diese Erkenntnis hatte der frühere Regierungsrat und Baudirektor Eric Honegger bereits im Jahre 1990 – also vor bald zwanzig Jahren – und teilte diese dem Ustermer Stadtrat auch unmissverständlich mit. Der Ustermer Stadtrat und die Ustermer SP wollten diese Situation bis heute einfach nie wahrhaben.

### **Offene Fragen**

Es stellt sich nun für die SP die bohrende Frage, ob die Worte von Stefan Feldmann bezüglich Brücke als «landschaftsschützerische Todsünde» heute noch gelten oder ob sie nach seiner Wegwahl aus dem Kantonsrat in der SP-Uster nicht mehr gelten, ganz nach dem Motto «Aus dem Kantonsrat, aus dem Sinn».

Ich habe diese Fragen sowohl Stefan Feldmann als auch Nicolas Galladé, Präsident der SP-Kantonsratsfraktion, bereits zwei Mal gestellt, jedoch nie eine Antwort erhalten. Jetzt erwarte ich eine Antwort auf meine Frage.

Paul Stopper, dipl. Bauingenieur ETH/  
Verkehrsplaner, Uster



# «Die Natur kommt unter die Räder»

Pro Natura und Bird Life fahren dem Kanton an den Karren. Die Baudirektion baue mit Vollgas Strassen, verzögere aber Naturschutzmassnahmen, welche gesetzlich vorgeschrieben seien.

Von Helene Arnet

**Zürich.** - «Der Kanton Zürich nimmt den Naturschutz grundsätzlich zu wenig ernst», schimpft Andreas Hasler, Geschäftsleiter von Pro Natura Zürich. Zusammen mit dem Zürcher Vogelschutz Bird Life wirft er der Baudirektion in einer Medienmitteilung «Schlamperei im Naturschutz» vor, unter welcher Pflanzen und Tiere leiden. Anlass für den Angriff ist die kürzlich vom Kanton beschlossene Umfahrungsstrasse in Ottenbach. Sie steht im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen zur A4, welche im November eröffnet wird. «Hier gibt die Baudirektion Vollgas, während sie die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzmassnahmen für die Moorbiotope im selben Bereich einfach ignoriert», sagt Hasler.

Tatsächlich hatten die beiden Naturschutzverbände in dem Gebiet bereits 1994 gerichtlich «Pufferzonen» erkämpft – Flächen, welche die Moore von schädlichen Einflüssen abschirmen sollen. Der Entscheid ist bis heute nicht umgesetzt. «Die Natur kommt unter die Räder», schreiben die beiden Verbände.

## Ried in Stäfa «verlauert»

Dieser Fall bringe das Fass nun zum Überlaufen, denn er sei absolut kein Einzelfall. «Dem Kantons- und dem Regierungsrat fehlt es schlichtweg am politischen Willen, Naturschutzmassnahmen zu erlassen und durchzusetzen», behauptet Hasler. So befinde sich die Baudirektion beispielsweise auch bei einem Gerichtsentscheid in Stäfa «im Tiefschlaf». 1998 rekurierten die beiden Verbände gegen die örtliche Naturschutzverordnung, weil sie keine Pufferzonen um das Ried Turpenweid vorsah. Fünf Jahre dauerte es, bis der Regierungsrat ihnen erstinstanzlich

Recht gab – und das wars dann auch schon. Den Worten folgten keine Taten. Das Ried ist inzwischen von Schilf überwachsen.

Das Hauptproblem orten die Verbände darin, dass die Fachstelle Naturschutz personell und finanziell unterdotiert sei. Sie verfügt über 20,5 Vollzeitstellen und ein Budget von 24 Millionen Franken. Gemäss Medienstelle der Baudirektion wären zur zeitgerechten Umsetzung des Konzepts mehr Mittel erforderlich. «Doch steht der Kanton auch beim Naturschutz unter grossem Spar- druck.»

**Baudirektion: «Der Kanton steht auch beim Naturschutz unter Spardruck.»**

Man arbeite aber «mit Nachdruck» an der Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts. Laut Baudirektion stehen mittlerweile über 80 Prozent der angestrebten Fläche unter Schutz. Auch bei den von Pro Natura und Bird Life aufgeführten

Fällen sei man weiterhin bemüht, Lösungen zu finden, welche von allen Beteiligten mitgetragen werden und damit Aussicht auf nachhaltigen Erfolg haben. «Dies ist aber sehr zeitintensiv.»



---

Uster: 01.09.09 19:13

## Kritik am Verkehrskonzept

### **Verein für Lebensqualität befürchtet «Zerschneidung»**

**Das Verkehrskonzept des Ustermer Stadtrates wird vom Verein für Lebensqualität Uster kritisiert. Grund ist die Umfahrungsstrasse Uster West.**

Der Verein Lebensqualität Uster West, der sich gegen die geplante Umfahrungsstrasse Uster West zur Wehr setzt, kritisiert in einer Medienmitteilung das stadträtliche Verkehrskonzept, das am kommenden Montag im Gemeinderat diskutiert wird. Der Verein bezeichnet den Antrag als Mogelpackung, weil darin auch die umstrittene Strasse Uster West enthalten ist. Neben der Vielzahl von Bahnunterführungen unter dem Titel Wiedervereinigung setzte sich der Stadtrat gleichzeitig vehement für die Umfahrungsstrasse und somit für eine weitere Zerschneidung Usters ein.

#### **«Trennende Stadttransversale»**

Bei der Strasse handle es sich um eine verkehrsanlockende Stadttransversale mit einer Trennwirkung, ist der Verein überzeugt. Erneut wirft er dem Stadtrat vor, vorzutäuschen, der 1981 bewilligte Rahmenkredit zur Sanierung von Bahnübergängen könne zur Finanzierung der Strasse Uster West verwendet werden, während ein vom Kantonsrat in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zum gegenteiligen Schluss komme. Zudem bemängelt der Verein, das Projekt sei nicht umweltverträglich, ein national geschütztes Flachmoor werde zerstört. Als Lösung schlägt er vor, das Verkehrskonzept zu bestätigen, die Strasse Uster West aber abzulehnen.

#### **«Vereinigende Umfahrungsstrasse»**

Der fürs Dossier zuständige Stadtrat und Bauvorstand Thomas Kübler erklärte auf Anfrage, dass es beim Verkehrskonzept um wesentlich mehr gehe als um die Strasse Uster West: «Um den öffentlichen Verkehr und die Zentrumsentwicklung sowie um diverse Elemente der Wiedervereinigung, wozu nach Ansicht des Stadtrates auch Uster West gehört.» Die Umfahrungsstrasse mache nur einen geringen Teil des Verkehrskonzepts aus. Es handle sich dabei um eine kantonale Strasse. (sti)

---

© Copyright by ZO-Online - 01.09.2009

---

## Ustermer Stadtrat informiert über Verkehrsplanung

Der Ustermer Stadtrat berichtet dem Parlament regelmässig über den Stand der Verkehrsplanung. Am Montag ist es wieder so weit. Die Planung ist umstritten.

Von **Eduard Gautschi**

**Uster.** – Gleich zwei Traktanden der Parlaments-sitzung vom Montag haben das Thema Verkehr zum Inhalt: 1. der Bericht des Stadtrats über den Stand der Verkehrsplanung; 2. Der Antrag für die Volksinitiative für eine Unterführung an der Winterthurerstrasse. Bei der Volksinitiative Unterführung Winterthurerstrasse soll der Stadtrat vom Gemeinderat damit beauftragt werden, eine entsprechende Vorlage, also ein Vor- und Bau-projekt im Sinne der Initianten, auszuarbeiten.

Damit dies geschehen kann, muss auch

ein Investitionskredit von 470 000 Franken genehmigt werden. Die Volksinitiative – als allgemeine Anregung eingereicht – ist teilweise für gültig erklärt worden. Für ungültig erklärt werden musste die im Initiativtext genannte Frist von zwei Jahren. Nach Annahme der Initiative hätte innert dieser Frist mit den Bauarbeiten begonnen werden müssen. Sagt der Gemeinderat Ja zur Initiative, muss der Stadtrat eine Vorlage ausarbeiten. Dieser Parlamentsbeschluss kann nicht mit einem Gegenvorschlag an die Urne gebracht werden. Stimmt der Gemeinderat dann auch noch der Vorlage zu, dann findet keine Volksabstimmung statt, ausser gegen den Beschluss des Gemeinderats wird das Referendum ergriffen.

### Bei einem Nein stimmt das Volk ab

Sagt der Gemeinderat hingegen Nein zur Initiative, findet eine Volksabstimmung statt und der Gemeinderat kann der Initiative einen Gegenvorschlag gegen-

überstellen. Wird die Initiative angenommen, muss der Stadtrat eine Vorlage ausarbeiten. Bei dieser Ausgangslage stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat aus taktischen Gründen nicht das Volk über die Initiative entscheiden lassen will.

### Parkhaus, Barrierenschliesszeiten

Bei der zweiten Verkehrsvorlage geht es primär nur darum, dass der Stadtrat das Parlament über den aktuellen Stand der Verkehrsplanung informiert. Zu diesem Antrag hat sich – ausserparlamentarisch – der Verein Lebensqualität Uster-West vernehmen lassen. Er kritisiert, dass unter dem Titel «Wiedervereinigung» eine ganze Palette möglicher Bahnquerungen aufgelistet würden. Im «Wiedervereinigungsjubel» drohe dabei unterzugehen, dass sich der Stadtrat für den Bau der Strasse Uster-West einsetze.

Diese Strasse würde zusammen mit der Moosackerstrasse eine Stadttransversale bilden, die trennender sei als die damalige

Zürichstrasse. Uster-West sei ein Unding, dessen Finanzierung nicht gesichert sei und Naherholungsraum und ein geschütztes Flachmoor zerstöre. Ob der Gemeinderat diese Argumentation aufgreifen wird, bleibt abzuwarten. In der aktuellen Verkehrsplanung gibt es ja noch weitere Punkte, die zu Diskussionen Anlass geben können: verkehrssarmes Zentrum, Parkhaus an der Zürichstrasse, Barrierenschliesszeiten.

Einen Antrag, der ins Geld geht, stellt die Sekundarschulpflege. Sie beantragt 3,9 Millionen Franken für den Bau einer Turnhalle beim Schulhaus Freiestrasse. Der Kredit muss auch noch vors Volk. Neben diesen drei Geschäften stehen zwei weitere Anträge des Stadtrats, ein Ergänzungsbericht, zwei Antworten des Stadtrats auf Interpellationen und acht Einbürgerungsanträge zur Debatte.

*Öffentliche Sitzung des Gemeinderats, Montag, 7. September, 19 Uhr, Gemeinderatssaal im Stadthaus.*



# Alternativen für Werrikerstrasse

**Uster.** – Die Grüne Kantonsrätin Ornella Ferro aus Uster hat beim Regierungsrat eine Anfrage zur Strasse Uster-West eingereicht. Hinterfragt wurde vor allem die umstrittene Finanzierung des Projekts durch einen Kredit aus dem Jahre 1981. Die Antwort des Regierungsrats bringt nicht viel Neues an den Tag. Er wiederholt, was er bereits gesagt hatte: Das Projekt könne mit dem Kredit aus dem Jahre 1981 finanziert werden, ausgenommen die Verlegung der Winterthurerstrasse. Letzteres habe nichts mit der Aufhebung des Bahnübergangs in Werrikon zu tun, könne deshalb auch nicht mit dem Kredit finanziert werden.

Neues lässt der Regierungsrat nur bezüglich der Werrikerstrasse verlauten. Sie hätte gemäss Vorprojekt zur Staatsstrasse aufklassiert und verbreitert werden sollen um den Verkehr zwischen Nänikon, Werrikon und Uster aufzunehmen. Doch das scheint nun nicht mehr so sicher. Der Regierungsrat schreibt, dass derzeit «umfangreiche Abklärungen im Gange seien, die unter anderem anstelle der Aufwertung der Werrikerstrasse auch andere Verkehrsführungen untersuchen», um das Ziel zu erreichen. Das dürfte einigermassen schwierig sein, tangiert die Werrikerstrasse doch Naturschutzobjekte von nationaler Bedeutung. Eine Verlegung der Strasse Richtung Süden ist somit auszuschliessen. Eine «andere Verkehrsführung» wäre nur nördlich der bestehenden Strasse möglich. (gau)

Uster: 06.09.09 23:45

## Finanzierung von «Uster West» nicht gesichert?

### Stellungnahme des Vereins Lebensqualität Uster West

**Der Verein Lebensqualität Uster West findet, dass sowohl Kanton als auch Stadt beim Projekt «Uster West» die Bürger in die Irre führen.**

In seiner Antwort an die Kantonsrätinnen Ferro, Okopnik und Rohweder-Lischer nimmt der Zürcher Regierungsrat bezug auf das juristische Gutachten zur Rechtmässigkeit der Finanzierung des Projektes «Uster West» durch den Kredit von 1981, schreibt der Verein Lebensqualität Uster West in einer Mitteilung. «Ebenso hat der Ausbau der Werrikerstrasse in der regierungsrätlichen Antwort einen hohen Stellenwert», heisst es dort weiter.

Das Rechtsgutachten beantworte die Frage, welche Elemente eindeutig innerhalb - beziehungsweise eindeutig nicht innerhalb - des Rahmens der Kreditvorlage liegen, einzig mit der Feststellung, dass das Projekt «Strasse Uster West» - also das Gesamtprojekt nicht innerhalb des Rahmens - des Kredits von 1981 liegen würde. «Projektteile, die innerhalb des Kreditrahmens liegen, finden dabei keine Erwähnung», konstatiert der Verein. Somit sei «die Finanzierbarkeit des Projektes «Uster West» keineswegs sicher, wie das die federführenden politischen Instanzen in Kantons- und Stadtverwaltung glauben machen wollen».

#### «Auch Neuauflage nicht umweltverträglich»

Der Verein Lebensqualität Uster West nimmt zur Kenntnis, dass im Zusammenhang mit dem Ausbau der Werrikerstrasse derzeit endlich vertiefte Abklärungen zu Linienführungen und zur Verträglichkeit mit dem Moorschutz laufen. «Diese scheinen nicht ganz einfach zu sein, sonst wären sie bestimmt schon abgeschlossen.»

Dass die Lösungen den Vorgaben des Moorschutzes lediglich «bestmöglich Rechnung tragen» sollen, liesse gemäss Verein vermuten, «dass auch die Neuauflage des Projektes bei genauerem Hinsehen nicht umweltverträglich sein wird».

Das Projekt kranke also nach wie vor daran, dass es um den Kredit von 1981 herumkonstruiert wird, was die Steuerzahler unverhältnismässig teuer zu stehen kommen würde. «Die Verabschiedung von dieser Fixierung hätte nur Vorteile - für Uster, für die unersetzlichen Moore, für die Steuerzahler und nicht zuletzt für die Autofahrer, weil dann der Weg frei würde für realisierbare Lösungen», folgert der Verein. (avu)

© Copyright by ZO-Online - 07.09.2009



**Uster** Keine Zustimmung zum Stadtrats-Bericht zur Verkehrsplanung

## Verkehrspolitisches Schaulaufen

Vom Rat abgeschmettert wurde der stadträtliche Bericht zu aktuellen Verkehrsplanungsfragen und zum Verkehrskonzept 2010.

Werner Frei

Auch wenn es (noch) nichts zu entscheiden gab, zeigte sich Stadtrat Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau, trotzdem enttäuscht darüber, dass mit Ausnahme von vier FDP-Vertretern das ganze übrige Parlament die Zustimmung zum stadträtlichen Bericht verweigert hatte. 24 Ratsmitglieder lehnten den Bericht ab. Zuvor hatte der Bericht bereits einen Rückweisungsantrag der SP zu überstehen. Dieser wurde mit 21 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Kübler bezeichnete das ganze als Schaulaufen der Parteien, dankte trotzdem für die Voten und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Stadtrat daraus die richtigen Schlüsse ziehe. «Das Budget 2010 wird die erste Nagelprobe sein», kündigte er an. Jede Planung erfordere Vorprojekte, die wiederum finanzielle Mittel erforderten.

Vehement wehrte sich Kübler gegen die unwahren Argumente, welche immer wieder im Zusammenhang mit «Uster West» vorgebracht würden. So sei die Finanzierung der Überführung durch den Kanton gesichert, auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet werde.

### Hindernisarmes Stadtzentrum

Während die FDP/CVP-Fraktion für eine hindernisarme Erschliessung des Stadtzentrums kombiniert mit zentrumsnahen Parkierungsmöglichkeiten

plädierte, warf die SVP dem Stadtrat vor, sein Konzept sei zu wenig umfassend und lasse eine ganzheitliche Sicht vermissen. Uster müsse selbst Lösungsansätze suchen und nicht immer auf den Kanton warten. Einen klaren und fundierten Lösungsansatz konnte auch die SP nicht finden.

### Hochbahn und Shuttle-Bus

«Es fehlt die zündende Idee, die Vision», argumentierten die Grünen und propagierten ihr Hochbahnprojekt und den externen Busbahnhof mit Shuttle-Bus-Verbindung ins Zentrum. Die GLP/EVP fragte sich, ob die Verkehrssituation wirklich so dramatisch sei, schliesslich gebe es keine Stadt, die zu jeder Tageszeit ohne leichte Verzögerung durchfahren werden könne, und wies darauf hin, dass der Verkehr beispielsweise in Riedikon nicht nur immer wegen der Barrieren stocke.

---

Uster: 08.09.09 00:35

## Unterführung wird projektiert

### 470000 Franken für Projekt an Winterthurerstrasse

**Die Unterführung an der Winterthurerstrasse ist einen Schritt weiter. Das Parlament genehmigte einen Kredit für ein Vor- und Bauprojekt.**

---

Christian Brüttsch

Der Ustermer Stadtrat erachtet eine Unterführung anstelle des Bahnübergangs an der Winterthurerstrasse als nicht sinnvoll. Trotzdem stellt er einen Antrag über 470 000 Franken zur Erstellung eines Vor- und Bauprojekts. Dieser Antrag ist aufgrund einer Volksinitiative zustande gekommen, die eine solche Unterführung fordert. Je nach Schätzung käme eine Unterführung auf 10 bis 20 Millionen Franken zu stehen. Bei einer Annahme des oben erwähnten Kredites, müsste das Parlament und das Volk über den Baukredit abstimmen.

#### **Geld für etwas, das man nicht will**

Weder von der Kommission Planung und Bau noch von der Rechnungsprüfungskommission wurde der Antrag einstimmig zur Annahme empfohlen. Bedenken äusserte namens der SP Balthasar Thalmann, da mit einer Unterführung der Verkehr direkt ins Zentrum geführt werde, wo es bekanntlich keinen Platz dafür habe. Herausfordernd fragte er, ob es Sinn mache, 470 000 Franken für etwas auszugeben, das man eigentlich gar nicht will.

Benno Scherrer (GLP/EVP-Fraktion) erklärte, dass ein Ja zum Kredit als Ja zur Unterführung ausgelegt werden könnte, obwohl es sich lediglich um eine Auslegeordnung handle. «Ein Nein heisst Nein zur Unterführung», und deshalb werde seine Fraktion Nein zum Kredit sagen.

#### **Zeit für Lösungen**

Simone Michel (Grüne) fand, dass es an der Zeit sei, endlich Genaueres über eine mögliche Unterführung an der Winterthurerstrasse zu erfahren und forderte Unterstützung des Antrags. Auch Jean-François Rossier (SVP) erklärte, dass es an der Zeit sei, Lösungen zu erarbeiten. Zu lange hätte man darauf gewartet. «Uster West» sei bis heute nicht realisiert. Natürlich zeigte sich auch Werner Kessler (SD) überzeugt, dass es eine Unterführung Winterthurerstrasse brauche. «Uster West» sei dagegen nicht zu realisieren, denn damit würden mehr Leute an der Zürich- und der Sonnenbergstrasse durch Verkehr belastet, beschied er dem Parlament gestern Abend. Unbestritten war indes, dass der Teil der Initiative, der einen Baubeginn innert zweier Jahre nach der Volksabstimmung forderte, ungültig sei. Der Kreditantrag passierte schliesslich mit 19 zu 12 Stimmen.

---

© Copyright by ZO-Online - 08.09.2009



## Leserforum

# Uster braucht einen Stadttunnel

«Das Zentrum aufwerten»,  
Ausgabe vom 5. September

Nun stehen die Wünsche für eine lebenswerte Stadt und ein attraktives Zentrum bereits im Dutzend auf der Wunschliste der interessierten Ustermer: Zeughausareal, Umfahrungsstrasse, Parkhäuser, Unterführung Winterthurerstrasse, Barrierenaufhebung, verkehrssarmes Zentrum, Lebensqualität im Quartier Loren und gehobenes Wohnen im Eschenbühl usw. Doch mit dem sich abzeichnenden – und absolut berechtigten – Scheitern der Umfahrung West (Zwängerei auf Kosten der Demokratie und eines an den Haaren herbeigezogenen Kredits aus dem Jahr 1981) könnten all diese Wünsche nicht diametraler sein.

Denn eine Unterführung der Winterthurerstrasse tangiert respektive durchquert die Zentrumserweiterung zum Zeughausareal. Parkhäuser respektive deren Planung sind weit und breit nicht in Sicht, und solche machen im Neubauquartier Eschenbühl auch wenig Sinn. Das verkehrssarme Zentrum ist nur dann realisierbar, wenn der Durch-

gangsverkehr eben durchgehend fliesst und nicht durch sieben Barrieren und steigenden S-Bahn-Takt behindert wird.

## Bedürfnisse nach Lebensqualität

Es ist endlich an der Zeit, dass Usters Verkehrsplanung gesamtheitlich und vor allem auf Dauer angegangen wird. Da hilft kein Warten auf die Fortführung der Oberlandautobahn Richtung Wetzikon-Betzholz/Hinwil.

Denn unsere Stadt wird weiterwachsen, und ihre Bewohner haben das berechnete Bedürfnis nach Lebensqualität, Naherholung und einem Arbeitsplatz in der Nähe, ohne pendeln zu müssen.

Was Uster braucht, ist ein Stadttunnel. Die Unterquerung der Stadt von Uster West (oder Nord) bis Riedikon mit ein oder zwei Ab- respektive Auffahrten und der Anschluss an zwei oder drei grosse Parkhäuser, welche unmittelbar um das Zentrum angeordnet sind, würden die Stadt verkehrssarm werden lassen. Der Durchgangsverkehr fliesst untendurch. Die Konsumenten nutzen die Parkhäuser für ihre Erledigungen

und/oder den Besuch von kulturellen Veranstaltungen. Und die Barrieren wären höchstens noch für Fussgänger, Velofahrer und den innerstädtischen Autoverkehr ärgerlich. Heute angeplant, könnte dieser Stadttunnel bereits in zehn Jahren ausgeführt sein.

Die Stadt Rapperswil-Jona mit ihren knapp 26 000 Einwohnern machte es – ohne von Barrieren gepeinigt zu sein – bereits vor. Gebaut wird dort demnächst, und bald einmal wird das ganze vier Kilometer lange Tunnelbauwerk fertiggestellt sein.

## Verkehrsprobleme effizient lösen

Ich bin überzeugt, dass mit der Realisierung eines Stadttunnels all die vielfältigen Probleme Usters auf einen Schlag effizient gelöst wären und die unglückliche Durchfahrungs- und Überführungslösung am Rande des Naturschutzgebiets in der Loren schnell in Vergessenheit geraten würde. Es wäre nun an der Zeit, für die Zukunft von Uster etwas Geld in einen Stadttunnel zu investieren.

Marco Eggs, Wermatswil



# Eine Auslegeordnung, mehr nicht

Keinen guten Faden lies das Ustermer Parlament am Bericht des Stadtrats über die Verkehrssituation.

Von **Eduard Gautschi**

**Uster.** – Auch die Kommission Planung und Bau hatte offenbar ihre liebe Mühe mit dem stadträtlichen Bericht «betreffend Verwirklichungsstand aktueller Verkehrsfragen sowie Verkehrskonzept Uster 2010», so der Titel des Antrags. Balthasar Thalmann (SP), Sprecher der Kommission vermisste sowohl Konzept wie auch brauchbare Lösungsansätze für Usters Verkehrsprobleme. Die Kommission hatte mit Stichentscheid des Präsidenten den Antrag abgelehnt. Das Parlament entschied ebenso, wenn auch mit deutlich klarer Mehrheit. Ein Verhältnis von 24 Nein- zu 4 Ja-Stimmen wurde ausgezählt. Fast alle Votanten betonten aber, sie nähmen den Bericht zwar «dankend zur Kenntnis», lehnten ihn dann aber doch ab.

Bemängelt wurde vor allem, dass es sich «eigentlich nur um eine Auflistung des Ist-

Zustandes handelt, also nur um eine Auslegeordnung», so Simone Michel (Grüne). Dass den Fussgängern und Velofahrern nicht einmal ein eigenes Kapitel gewidmet worden sei, sei bedenklich, sagte Michel. Ruedi Locher (FDP) bemängelte, dass Nänikon und Werrikon im Bericht nicht einmal erwähnt würden. Er verlangte ein Verkehrskonzept, Parkplätze für Gewerbe und Detaillisten. Gefordert wurde von verschiedenen Seiten auch ein Ausbau des Busbetriebes, neue Transitachsen Nord-Süd, ein Parkplatzkonzept für das Zentrum und anderes mehr.

## Wo findet Wiedervereinigung statt?

Die Diskussion zeigte zweierlei: Erstens finde «jeder immer irgendwo ein Haar in der Suppe und damit einen Grund, ein Projekt abzulehnen», meinte Cla Famos (FDP). Zweitens, so Stadtrat Thomas Kübler (FDP), helfe das «Schaulaufen der Parteien» bei der Lösung der Verkehrsprobleme auch nicht weiter. Der Stadtrat zeige in seinem Papier keine Lösungen auf. Er stelle nur Fragen wie: Ist dieses oder jenes Projekt prüfenswert? Wie viel wird es kosten? Zurzeit stehe die Frage im Raum, wo und wie die «Wiedervereinigung» der

durch die Bahnlinie getrennten Stadt stattfinden solle. Geprüft wird nun der Bau einer Unterführung bei der Wermatswilerstrasse.

## Verkehrsmenge ist das Problem

Ob eine Wiedervereinigung, also der Ausbau der Durchlässigkeit zwischen Nord und Süd, Sinn macht, ist umstritten. Wird eine Unterführung gebaut und ein Bahnübergang aufgehoben, wird dort mehr Verkehr fliessen. Benno Scherrer (GLP) war der Meinung, dass die Durchlässigkeit für Fussgänger gross genug sei, den übrigen Verkehrsteilnehmern stünde die Unterführung Dammstrasse zur Verfügung. Dort fliesse der Verkehr auch dann noch einigermassen gut, wenn in der Stadt ein Verkehrschaos herrsche. Scherrer wies darauf hin, dass ein Ausbau der Verkehrswege das Problem nicht löse. Das Problem seien nicht die angeblich ungenügenden Verkehrswege, sondern die Verkehrsmenge, auch wenn dies die FDP anders sehe. Einig waren sich die Parlamentarier eigentlich nur in einem Punkt: Um die Verkehrsprobleme zu lösen, braucht es einen visionären, grossen Wurf – aber der sei nirgends auszumachen.



## Ja sagen zum Unerwünschten

Die Initiative zur Unterführung Winterthurerstrasse verlief sehr kontrovers. Die Mehrheit sagte schliesslich Ja zu etwas, das nur ein Minderheit will.

---

Von **Eduard Gautschi**

---

**Uster.** – Bei der Beratung der Volksinitiative im Ustermer Parlament ging es nicht primär darum, ob die Unterführung Winterthurerstrasse überhaupt gebaut werden soll oder nicht. Vielmehr ging es darum, ob 470 000 Franken für ein Vor- und Bauprojekt ausgegeben werden sollen. Das Parlament entschied sich mit 19:12 Stimmen für das Vor- und Bauprojekt. Befürwortet wurde der Antrag von SVP, FDP, SD, EDU und Grünen, dagegen stimmten SP, EVP und GLP. Damit steht nun fest, dass die Kosten für den Bau der Unterführung ermittelt werden müssen. Geschätzt werden sie je nach Standpunkt auf 10 bis 20 Mio. Franken. Das Geschäft ist rechtlich kompliziert. Stimmt der Gemeinderat der vom Stadtrat ausgearbeiteten Vorlage zu, kann das Volk nur dazu Stellung nehmen, wenn das Referendum ergriffen wird.

### Fakten auf den Tisch

Bei der Debatte im Gemeinderat wurde klar, dass die vom Volk schon zweimal abgelehnte Unterführung nach wie vor äusserst umstritten ist. SVP, FDP und SD sprachen sich für den Bau aus, weil «damit schon lange genug gewartet wurde». Die übrigen Parteien warnten davor, die «Schleuse an der Winterthurerstrasse» durch den Bau einer Unterführung für den Verkehr zu öffnen. Nur 200 Meter entfernt bestehe mit der Dammstrasse ja bereits eine Verbindung zwischen Nord und Süd. Die Grünen befürworteten laut Simone Michel den Antrag nur, damit endlich «Fakten über die Machbarkeit und die Kosten auf dem Tisch liegen». Benno Scherrer (GLP) hingegen lehnte den Antrag ab, weil ein «Ja zu dieser Vorlage als Ja zur Initiative verstanden werden könnte». Balthasar Thalmann (SP) stellte schliesslich die Frage, ob es Sinn mache, «470 000 Franken für etwas auszugeben, das man gar nicht will». Die Haltung des Stadtrats war klar. Er machte nie einen Hehl daraus, dass er gegen den Bau der Unterführung ist. Wird nämlich die Strasse Uster-West dereinst gebaut, verliert die Winterthurerstrasse als Verkehrsachse an Bedeutung.

# «Uster West»: Was will die SP jetzt?

«Unterführung wird projektiert»,  
Ausgabe vom 8. September

Von der Gemeinderatssitzung vom 7. September bleibt ein fahler Nachgeschmack. Der SP-Fraktionssprecher, Balthasar Thalman, legte sich kräftig gegen die Unterführung Winterthurerstrasse ins Zeug. Allein die neue Strasse «Uster West» bringe die Lösung. Der Verkehr müsse um Uster herum geleitet werden.

## Uralte Argumente

Das sind Worte aus der Argumentenkiste der tiefen sechziger Jahre der damaligen bürgerlichen Politiker. Dass damit der gesamte Verkehr via Sonnenbergstrasse nach Niederuster geleitet würde, an welcher Strasse mittlerweile Hunderte von neuen Wohnungen erstellt worden sind, war keine Rede im Votum von Thalman.

## «Uster West» eine Todsünde?

Ich habe bereits im Juni dieses Jahres die Ustermer SP-Gemeinderatsfraktion aufgefordert, eine Antwort zur Diskrepanz zwischen ihrer Haltung und derjenigen von Ex-Kantonsrat Stefan

Feldmann (SP, Uster) bezüglich des Projektes «Uster West» zu geben.

Es ist und bleibt eine Tatsache, dass Feldmann bei der Behandlung des kantonalen Verkehrsrichtplanes an der Sitzung vom 29. Januar 2007 Folgendes ausgeführt hat (Wortlaut): «Ich erlaube mir im Folgenden, gleich zu den Anträgen 87 bis 90 zu sprechen, also zu Moosackerstrasse und «Uster West» (...). Für «Uster West» heisst es zusätzlich vertiefte moorhydrologische Abklärungen, damit dem angrenzenden Werriker- und Glattenriet keinen Schaden zugefügt wird. Erlauben sie mir noch zwei kleine Bemerkungen zum Schluss: Bezüglich Querung der Bahnlinie kommt für «Uster West» in unseren Augen einzig und allein eine Unterführung in Frage. Eine Überführung wäre eine landschaftsschützerische Todsünde, würde man doch gleichermassen ein Unding von Brücke mehr oder weniger mitten in die flache Landschaft stellen und dadurch der drittgrössten Zürcher Stadt ein ziemlich hässliches Eingangstor bescheren. Und zweitens nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis, dass aus den Erläuterungen zu den

Einwendungen klar hervorgeht, dass ein Ausbau der Werrikerstrasse nun doch nicht vorgesehen ist. An der Öffnung einer zusätzlichen Querverbindung zur parallel verlaufenden kantonalen Hauptstrasse und zur parallel verlaufenden Autobahn besteht aus Ustermer Sicht nun wirklich kein Interesse. Wir Ustermerinnen und Ustermer vertrauen darauf, dass diese Feststellung sich dann auch wirklich in den kommenden Detailplanungen wiederfindet.»

## Über- und keine Unterführung

Bekanntlich plant der Kanton in der Loren eine Überführung und nicht eine Unterführung. Weshalb setzt sich die SP-Gemeinderatsfraktion nun doch für diese landschaftsschützerische Todsünde ein? Niemand weiss es. Nachdem ich sowohl Stefan Feldmann als auch Nicolas Galladé, Präsident der SP-Kantonsratsfraktion, bereits zwei Mal gefragt habe, was nun gelte, jedoch von beiden nie eine Antwort erhalten habe, erwarte ich jetzt eine Antwort auf meine Frage.

Paul Stopper, Dipl. Bauingenieur  
ETH/Verkehrsplaner, Uster



## Leserforum

# Stadtrat Uster verschleudert Planungsgelder

«Unterführung wird projektiert»,  
Ausgabe vom 8. September

Deutlich hat sich am vergangenen Montag der Gemeinderat gegen das stadträtliche Verkehrskonzept ausgesprochen. Der Bericht genügt nun allenfalls als Auslegeordnung, als Konzept taugte er nie. Dazu fehlen sowohl Priorisierungen als auch die grösseren Zusammenhänge zu den einzelnen Massnahmen. Allein schon das Abschätzen der Baukosten aller Projekte zeigt, wie finanziell utopisch der Bericht war. Denn am Ende zahlen die Steuerzahler für den Strassenbauluxus.

## Unterführung bringt Mehrverkehr

Dennoch möchte der Stadtrat munter weiter Planungsgelder verschleudern. Obwohl er eine Unterführung Winterthurerstrasse nicht möchte, hat er erfolgreich rund eine halbe Million Franken für ein Vorprojekt beantragt – quasi als indirekten Gegenvorschlag zur

erneuten Volksinitiative. Die Unterführung dürfte zirka 15 bis 20 Millionen Franken kosten und würde noch mehr Verkehr ins Zentrum und in anliegende Quartiere bringen. Gleichzeitig hält der Stadtrat am Plan «Strasse Uster West» fest, der die Aufhebung der oberen Winterthurerstrasse vorsieht.

Im Frühling lag das inzwischen gescheiterte Projekt «Strasse Uster West» auf und hat gezeigt, dass die ehemals als Umfahrung gepriesene Strasse deutlich mehr Verkehr für neue Quartiere und keine Abnahme fürs Zentrum bringt. Dennoch möchte der Stadtrat das gleiche Projekt nun einfach in Etappen aufteilen und den ganzen Kanton dafür zahlen lassen.

## Konstruktive Grünliberale

Während der bürgerlich dominierte Stadtrat Steuermillionen in Planspielen verpulvert, wird in Leserbriefen von links gegen einen konstruktiven Beitrag

der Grünliberalen zur günstigen Lösung eines Verkehrsproblems geschossen. Gemeinderat Balthasar Thalman hatte inhaltlich zwar nichts zu bemängeln, kritisierte jedoch, einen Vorstoss einzubringen, bevor man hinter verschlossenen Türen einen – letztlich unverbindlichen und nun auch noch gescheiterten – Verkehrsbericht diskutiert hat.

Mit dem Vorstoss zur Prüfung eines Einbahnsystems auf Teilen der Kreuz- und der Wermatswilerstrasse könnte nicht nur rasch ein Verkehrsproblem gelöst werden, sondern es könnten auch die Kosten für eine weitere Unterführung eingespart werden. Als Nicht-Gemeinderat, aber Beteiligter an der Idee hinter dem Vorstoss bin ich ob der Kritik irritiert. Der Verkehrsbericht lag öffentlich auf und darf ebenso diskutiert werden. Dass dabei auch neue Ideen ausserhalb des Parlaments entstehen, passt offenbar nicht allen.

Jürg Gösken, Uster



Uster An der Winterthurerstrasse wird eine Unterführung zur Aufhebung der Barriere projiziert

# Pläne sind bereits vorhanden – seit fünf Jahren

Die Winterthurerstrasse soll eventuell unterführt werden. Der Gemeinderat sprach einen Projektierungskredit. Dieser sei wenig sinnvoll. Bei der letzten Abstimmung wurden bereits Pläne gezeichnet.

Christian Brüttsch

Die Geschichte um die Unterführung an der Winterthurerstrasse ist bereits lang. Mit dem Beschluss vom 7. September will der Stadtrat Nägel mit Köpfen machen. Dem Gemeinderat wurde Anfang Monat ein Kreditantrag über

470 000 Franken vorgelegt. Mit diesem Geld soll ein Vor- und Bauprojekt für die Unterführung Winterthurerstrasse erstellt werden. Da die Baukosten dann sicherlich die Kreditkompetenz des Gemeinderates übersteigen werden, hätte das Volk wiederum die Gelegenheit, über die Unterführung an der Winterthurerstrasse zu befinden.

## Dritte Abstimmung

Dies wäre dann nach 2000 und 2005 zum dritten Mal, dass darüber abgestimmt werden könnte. Das Komitee Pro Unterführung Winterthurerstrasse aus dem Jahr 2005 hat sich nun zu Wort gemeldet. Walter Urweider, der Sprecher des damaligen Komitees, versteht nicht, weshalb 470 000 Franken ausgegeben werden sollen für Pläne, die bereits vor-

handen sind. Aus seinem Archiv holt er die von der ACS Partner AG ausgearbeiteten Pläne samt Visualisierungen hervor. Daraus ist ersichtlich, welche Strassen geschlossen werden müssten oder welche Zufahrten neu zu regeln wären. Diese Pläne wurden inklusive eines Gehwegs auf der einen und eines Rad- und Gehwegs auf der anderen Seite der Winterthurerstrasse berechnet. «Wir liessen die Pläne auf unsere Kosten erstellen», erklärt Urweider im Namen des Komitees.

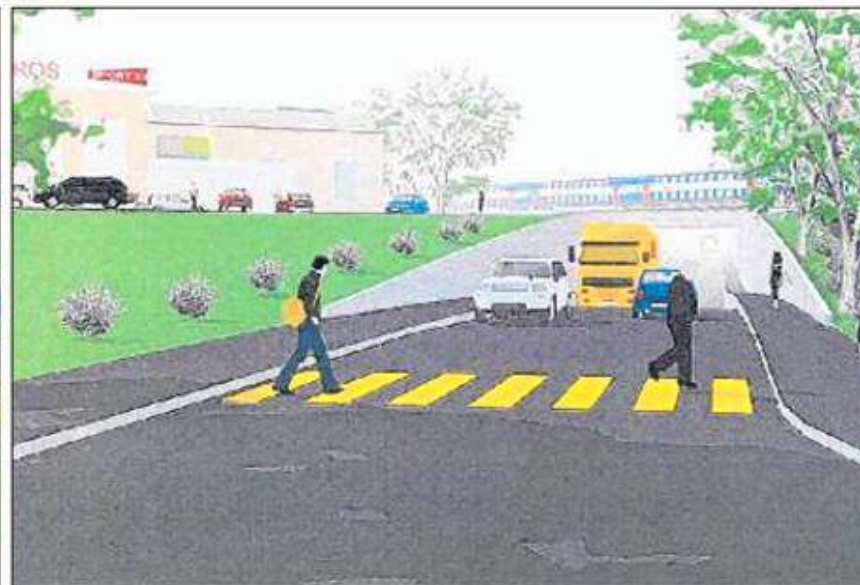
## Neue Zufahrten planen

Einschneidendste Veränderungen ergäben sich gemäss den alten Plänen an der Zieletenstrasse, die geschlossen werden müsste. Zudem wäre eine neue Zufahrt zum Migros-Sport-XX zu pla-

nen. Nicht nur die Pläne wurden von der ACS Partner AG geliefert, sondern auch eine Kostenschätzung wurde mitgeliefert. Für den Bau der Unterführung veranschlagte das Ingenieurbüro 10,2 Millionen Franken. «Wenns die Stadt baut, kommt es dann sicher auf 20 Millionen», so Urweider

## Genauere Zahlen versus Zeitgewinn

Im Parlament wurden Anfang September kritische Stimmen laut. Der Stadtrat wolle diese Planung nur durchführen, um Zeit für Uster-West zu gewinnen. Überzeugt vom Projekt Winterthurerstrasse ist er nicht. Mit den Zahlen aus Vor- und Bauprojekt will er sich wohl ein für allemal der Unterführungsgeschichte entledigen – mit oder ohne Bau.



So stellte sich das Komitee 2005 die Unterführung Winterthurerstrasse vor: links mit der Kreuzung Acker-/Bankstrasse; rechts mit der Migros-Sport-XX-Filiale. (u)



**Uster** In den nächsten drei Jahren will der Kanton den Bau der ersten Etappe «Uster West» anpacken

# Hochfliegender Plan für «Uster West»

Zwei Strassenprojekte in Uster und Wetzikon gehören kantonsweit zu den wichtigsten und werden vorangetrieben.

Der Kanton will neben der Westtangente in Wetzikon die Umfahrung «Uster West» nun rasch vorantreiben und hat dafür 20 Millionen Franken gesprochen. Das hat der Regierungsrat gestern mitgeteilt. Damit soll nur ein Teilstück zwischen Lorenkreisel und Zürichstrasse mit dem Viadukt über die Bahnlinie gebaut werden. Gleichzeitig soll der oft geschlossene Bahnübergang in Werrikon aufgehoben werden. Die Finanzierung erfolgt aus dem Rahmenkredit, der im Jahr 1981 für die Aufhebung der Bahnübergänge zwischen Wallisellen und Uster gesprochen wurde.

## Zweiter Teil noch offen

Wie es vom Lorenkreisel Richtung Winterthurerstrasse weitergeht, ist ungeklärt. Dafür muss ein separates Projekt ausgearbeitet werden. Die Aufhebung des Bahnübergangs schneidet Werrikon von Uster ab. Die Zufahrt erfolgt über die Werrikerstrasse, die ausgebaut

werden müsste. Dagegen hat sich aus umweltschützerischen Gründen – die Strasse führt entlang des Werriker Riets – schon früher Widerstand geregt. Die

neue Planung wird wohl genau geprüft, und die Ergreifung von Rechtsmitteln dürfte die hochfliegende Planung zunichtemachen.

Erst in der Vorprojektphase steht die Westtangente in Wetzikon, die helfen soll, das Zentrum vom Durchgangsverkehr zu befreien. Die Strasse soll eng am

Naturschutzgebiet beim Pfäffikersee vorbeigeführt werden und muss ausserdem den Chämterbach und die Bahnlinie queren. (brü/sum) **Seiten 2, 3**



*Der Blick von oben auf die Bahn soll in drei Jahren von einem Viadukt gewährleistet sein. Die Barriere hat bis dann ausgedient. (Archiv)*



**Uster** Mit einem Kredit über 20 Millionen Franken soll gemäss Regierungsrat ein Teil von «Uster West» gebaut werden

# Übergang im Schnellzugtempo aufheben

Bereits in drei Jahren soll der Bahnübergang in Werrikon endgültig Geschichte sein. Im Strassenbauprogramm des Regierungsrats gehört die Westumfahrung von Uster zu den wichtigsten Projekten.

Christian Brüttsch

Das Strassenbauprogramm, das vom Regierungsrat vorgestellt wurde, enthält als eines der «wichtigsten Bauwerke, die in den nächsten drei Jahren anstehen», die Umfahrungstrasse Uster West. Veranschlagt mit ungefähr 20 Millionen Franken.

Mit diesem Geld kann aber nicht die ganze Ausführung – also ab Winterthurerstrasse über den Lorenkreisel und von dort über das neue Viadukt auf die Zürichstrasse – bestritten werden. Vielmehr handelt es sich um das Teilprojekt ab Lorenkreisel bis zur Zürichstrasse. Gleichzeitig soll die Barriere in Werrikon aufgehoben werden. Diese Kausalität ist für die Finanzierung von grosser Wichtigkeit.

Im Jahr 1981 wurde ein Kredit für die Aufhebung der Bahnübergänge zwischen Wallisellen und Uster gesprochen. Dieser Kredit besteht noch heute. Als vorgeschlagen wurde, die gesamte Westumfahrung aus diesem Kredit zu bezahlen, regte sich Widerstand. Eine juristische Abklärung ergab, dass tatsächlich nur die mit der Aufhebung des Bahnübergangs direkt verbundenen Bauten über diesen Kredit abgerechnet werden können.

## Zweiter Antrag muss folgen

Jetzt will der Regierungsrat also vorwärtsmachen und zumindest den Teil, der finanziell gesichert ist, bauen. Im



Geht es nach den Vorstellungen des Zürcher Regierungsrats, soll der Bahnübergang in Werrikon bereits in drei Jahren aufgehoben sein. (snk)

Beschluss steht weiter zu lesen: «Für die Verlegung der Winterthurerstrasse soll ein gesondertes Projekt ausgearbeitet werden, das nicht über den Rahmenkredit finanziert wird.» Stadtrat Thomas Kübler meint, dass es im Interesse von Uster gewesen wäre, ein möglichst einheitliches Projekt für «Uster West» zu erhalten.

Ob die Etappierung Sinn macht, will er nicht weiter kommentieren. «Das darf aber keine Endlösung sein», erklärt er weiter. Die Weiterführung der Umfahrung über den Lorenkreisel hinaus müsse schnell geplant werden. Weiter rechnet Kübler damit, dass der zweite Teil weniger Widerstand erfahren könnte, da dieser als logische Folge

des ersten Abschnitts gesehen werden müsse. Zudem sei die Erstellung des zweiten Teils vergleichsweise günstig. «Die teuren Bauten, wie beispielsweise das Viadukt, sind alle im ersten Teil enthalten», so der Ustermer Bauvorstand.

## Fragezeichen um Werrikerstrasse

Der Verein Lebensqualität Uster West vermisst im Antrag verschiedene, von ihnen bereits früher vorgebrachte Punkte. Damit die Überführung mit dem alten Kredit bezahlt werden könne, müsse der Barrierenübergang aufgehoben werden. Mit dem Rückbau der Zürichstrasse werde Werrikon faktisch von Uster abgeschnitten. Die Erschliessung würde dannzumal alleine über die Werrikerstrasse erfolgen.

Diese müsste gemäss dem Verein, um den Verkehr schlucken zu können, ausgebaut werden. «Somit müsste ein Ausbau in der ersten Etappe berücksichtigt werden», findet der Vereinspräsident Dominic Brem. Aber der Ausbau der Werrikerstrasse hat bereits zu Bedenken bezüglich Umweltschutz geführt. «Der Kanton hat allem Anschein nach noch nicht entschieden», hält Brem fest.

Weiter führt er an, dass es sich beim geplanten Bauprojekt um eine Umfahrungstrasse handelt. Ob dafür Gelder, die explizit für die Aufhebung der Bahnübergänge gesprochen wurden, verwendet werden dürfen, bleibt für ihn fraglich.

Der Regierungsrat rechnet vor, dass die überarbeitete Vorlage für die Freigabe der Mittel aus dem Rahmenkredit im ersten Quartal 2010 dem Kantonsrat vorgelegt werden kann. Nach der öffentlichen Planaufgabe könnte die Projektfestsetzung durch den Regierungsrat bis Ende 2010 erfolgen. «Ein Baubeginn ist vorbehaltlich Rechtsmittelverfahren ab Mitte 2011 möglich», steht im Beschluss.

Wer die Geschichte um «Uster West» kennt, kann erahnen, dass dieser Zeitplan gerade wegen der Möglichkeit von Rechtsmittelverfahren schwer einzuhalten sein wird. Auch Thomas Kübler meint: «Das ist ein sehr optimistischer Zeitplan.» Er rechnet jetzt schon mit Verzögerungen.



# Kanton baut in Uster und Wetzikon Strassen

**Uster/Wetzikon.** - Der Regierungsrat hat das Strassenbauprogramm für die nächsten drei Jahre genehmigt. Diese sieht unter anderem den Bau der Umfahrungsstrasse Uster West für 20 Millionen Franken und die Fertigstellung der Westtangente in Wetzikon für rund 17 Millionen vor. In beiden Fällen geht es für die Regierung in erster Linie darum, Siedlungsräume vom Verkehr zu entlasten. Damit die Kosten bei diesen Vorhaben nicht höher zu stehen kommen als geplant, werden bei den Bauten durchgängig nur die minimalen Standards verwendet. Zudem können die Gemeinden zwar Wünsche anbringen. Allerdings müssen sie die Zusatzbauten auch alle selber bezahlen.

Ob die Umfahrung Uster West allerdings so rasch gebaut werden kann, wie sich das der Regierungsrat vornimmt, ist offen. Noch sind sich die kantonalen Stellen bezüglich Umweltschutz nicht einig. Die geplante Strasse durchschneidet in einem Teil ein Amphibiengebiet von nationaler Bedeutung. (arb)

**Uster** An der Politarena wurde über Bahnübergänge, Parkplätze und Frösche diskutiert

# Ustermer Mauer heisst Eisenbahn

Der Gewerbeverband Uster lud zur Politarena in den Stadthofsaal. Diskutiert wurde über Stadt-, Verkehrs- und Parkplatzentwicklung und deren Bedeutung für das lokale Gewerbe.

Christian Brütsch

Zwei grosse Themen beschäftigten die Anwesenden der gestrigen Politarena im fast vollen Stadthofsaal: Wie weiter mit den Bahnübergängen in Uster? Und: Welches ist das richtige Parkierkonzept?

Die Uster teilende Bahnlinie wird mitunter, in Anlehnung an die Berliner Mauer, als unüberwindliche Mauer bezeichnet. Felix Bissig, Leiter Projektmanagement Zürich SBB-Infrastruktur wurde gestern Dienstag von Moderator Filippo Leutenegger sofort in die Mangel genommen. «Zeigen Sie uns Lösungen auf.» Bissig – bereits auf verlorenem Posten – erklärte unter spöttischem Gelächter des Publikums, dass die Schliesszeiten der Barrieren bereits optimiert seien und nur Über- oder Unterführungen eine Verbesserung brächten.

Stadtpräsident Martin Bornhauser präsentierte seine Lösung: «In Uster West eine Überführung, an der Winterthurerstrasse und in Oberuster eine Unterführung». – «Bis dahin sind sie längst nicht mehr im Amt», stichelte Leutenegger. Was von Bornhauser entkräftigt wurde: «In den nächsten drei Jahren muss etwas passieren.» Gastgeber Eric Köchli, Präsident des Gewerbeverbands Uster, begrüsst diese Lösungsansätze: «Wir brauchen drei oder vier neue barrierefreie Bahnübergänge. Wo, ist mir eigentlich egal.»

## Froschhüpfen um Bahnübergang

Zum derzeit unhaltbaren Zustand in Werrikon schwebt Bornhauser ein dreistufiger Plan vor. Zuerst die Bahnüberführung bauen, dann die Winterthurerstrasse abklassieren und in der Folge eine Lösung für den Anschluss von Werrikon an Uster suchen. Einen Ausbau der Werrikerstrasse sei heikel, erklärte Regierungsrat Markus Kägi, der zuvor in einem Referat die Chancen der Stadt Uster betont hatte. «Diese Strasse führt entlang eines Moorschutzgebietes», ergänzte er und verwies auf die Froschpopulation. «Je länger man wartet, umso grösser werden die Froschbestände», warf kurz später Stadtrat Thomas Kübler ein, worauf Bornhauser meinte, die geplante Überführung sei problemlos und «führt an keinem Frosch vorbei». Eine Rampe entlang der Bahnlinie auf diese

Überführung sei eine weitere mögliche Lösungsvariante des Problems.

## Ober- oder unterirdisch parkieren

Für die Initiative der SP, die ein fussgängerfreundliches Zentrum forderte, hatte Köchli wenig übrig. «Das Gewerbe braucht mehr Parkplätze und zwar oberirdische», forderte er. Dies wiederum läuft den Plänen des Stadtrats entgegen, der in einem Grundsatzpapier den Bau von bis zu vier Parkhäusern entlang der Zürichstrasse festgehalten hat. Geteilter Meinung zeigte sich auch das Publikum. Während die einen die Wohnstadt mit Flaniermeile priesen, wurde von den anderen die Stützung der KMUs gefordert.

Um den öffentlichen Verkehr im Zentrum zu stützen, brachte Werner Trachsel, Direktor der Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland, eine weitere Idee ins Spiel: «Schliessung der Zentralstrasse und Verkehrsführung über die Apothekerstrasse während der Stosszeiten.» Diese würde vor allem den Bussen ermöglichen, die Anschlüsse am Bahnhof zu gewährleisten. Diese Idee wurde von Kübler als möglicher Versuch im nächsten Jahr begrüsst, aber von einem Votant aus dem Publikum bekämpft.

Markus Kägi forderte zum Schluss alle Parteien auf, einen Schritt aufeinander zuzugehen. «Sonst diskutieren wir in zehn Jahren immer noch das Gleiche.»



Uster: 17.12.09 06:30 ergänzt: 17.12.09 11:30

## «Uster West» nimmt etwas Fahrt auf

### Kantonsrat gegen Streichung von Projektierungskredit

**Die Projektierung von «Uster West» kann vorangetrieben werden. Der Kantonsrat sprach sich trotz Antrag auf Streichung für den Projektierungskredit im Voranschlag 2010 aus.**

Stephan Kälin

«Uster West» nimmt konkretere Formen an: «Die derzeit sistierte Projektierung der Strasse Uster West wird wieder aufgenommen», erklärt Thomas Maag, der Mediensprecher der Zürcher Baudirektion. Der Kantonsrat hat sich am Dienstagabend im Rahmen der Budgetdebatte gegen die Streichung des Projektierungskredits für das Strassenprojekt ausgesprochen. Mit 98 zu 71 Stimmen hat das kantonale Parlament einen Ablehnungsantrag der Finanzkommission verworfen. Somit verbleibt der Posten in Höhe von einer Million Franken im Voranschlag für das nächste Jahr enthalten. «Es ist geplant, das Projekt dem Kantonsrat im Sommer 2010 zur Kreditbewilligung vorzulegen», so Maag.

#### Entscheid erst nach Projektierung

SVP-Kantonsrat Ruedi Menzi, Rüti, hat sich als Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt für die Projektierung von «Uster West» ausgesprochen. Und dafür gebe es einen guten Grund: Man wolle erst über das Vorhaben entscheiden, wenn die ausführliche Projektierung vorliege, erklärt Menzi. «Den Gegnern des Projektierungskredits ging es darum, das Projekt billig beerdigen zu können», meint er.

Einer der Gegner ist der Ustermer Stadtratskandidat Benno Scherrer Moser (GLP). «Das Projekt «Uster West» löst die Verkehrsprobleme der Stadt Uster nicht, sondern öffnet im Gegenteil die Schleusen für Mehrverkehr im Stadtzentrum», ist der Grünliberale überzeugt. Zusätzlich dazu sieht Scherrer Moser das Projekt als Bedrohung des Werriker Riets. Seiner Meinung nach ist die Unterführung Dammstrasse als einzige schrankenlose Querungsmöglichkeit der Bahnlinie ausreichend. «Jeder, der in den Stosszeiten morgens und abends mit dem Auto durch Uster fährt, muss mit viel Verkehr rechnen.» Es gebe keine Stadt, in der es zu Stosszeiten nicht zu Stausituationen komme, meint Scherrer Moser.

Das Projekt «Uster West» hat eine langwierige Geschichte. 1981 wurde ein Rahmenkredit für die Sanierung von Strassenkreuzungen mit den SBB auf der Strecke Wallisellen-Uster in Höhe von 38,6 Millionen Franken bewilligt. Mitte 2008 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragt, für die Erstellung der Strasse Uster West von der Winterthurerstrasse bis zur Zürichstrasse einen Teilkredit von 23 Millionen Franken aus diesem Rahmenkredit freizugeben. Das Projekt umfasst den Neubau einer SBB-Überführung, den Rückbau der Zürichstrasse, die Verlegung der Radwegverbindung längs der Bahnlinie sowie die Verlegung der Winterthurerstrasse, wobei die neu geplante Strasse eine Länge von rund 1,5 Kilometern aufweist.

#### Übergang als Hauptbestandteil

Eine rechtliche Überprüfung im September 2008 stützte zwar grundsätzlich die Verwendung des Kredits für das Vorhaben «Uster West», kam aber auch zum Schluss, dass einzelne Teile des Projekts über den Rahmenkredit von 1981 hinausgehen. Um das Risiko einer Stimmrechtsbeschwerde zu umgehen, beschloss der Regierungsrat im April dieses Jahres, das Projekt zu etappieren und vorerst auf jenen Teil zu beschränken, der direkt mit der Aufhebung des Bahnübergangs Werrikon zusammenhängt.

Hauptbestandteil des Bauvorhabens ist nach wie vor die Überführung über die Bahnlinie als Verbindung des Lorenkreisels mit der Zürichstrasse. «Das reduzierte Projekt verzichtet aber auf die Verlegung der Winterthurerstrasse, und statt der Aufwertung der Werrikerstrasse wird nach alternativen Verkehrsführungen gesucht», erklärt Thomas Maag von der Baudirektion.

Diese Arbeiten erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der Fachstelle Naturschutz und beinhalteten umfangreiche ökologische Aufwertungsmassnahmen für die Umgebung des Glattenriets, so der Mediensprecher. «Mit der Aufhebung des Bahnübergangs Werrikon könnte die Zürichstrasse teilweise gar aufgehoben und renaturiert werden.»

© Copyright by ZO-Online - 22.12.2009

